



GEMEINDE BINNINGEN

Einwohnerrat

Protokoll des Einwohnerrats

XIV. Legislaturperiode 2024-2028

13. Sitzung vom 3. November 2025

Ort: Kronenmattsaal

Dauer: 19.00 – 22.46 Uhr

Leitung: Thomas Häfele Racin (Präsident)

Anwesend: 38 Mitglieder

Entschuldigt: Nina Eldridge, Karin Müller

Präsident:



Thomas Häfele Racin

Protokoll:



Linda Gerstner



Sandra Matter

Begrüssung

Einwohnerratspräsident Thomas Haefele, FDP heisst seine geschätzten Kolleginnen und Kollegen des Einwohnerrats, die geschätzten Mitglieder des Gemeinderats und die Gäste herzlich willkommen zur heutigen Sitzung des Einwohnerrats. Besonders begrüssen möchte er Gemeindepräsidentin Caroline Rietschi, Verwaltungsleiter Christian Häfelfinger, Protokollführerin Linda Gerstner, die zukünftige Protokollführerin Sandra Matter, Korporal Tobias Singer, Abwart Ändi Kopfmann und die Vertreter der Medien. Aufgrund der vielen Traktanden, startet die Sitzung heute bereits um 19 Uhr. Um möglichst viele Geschäfte erledigen zu können, wird der Rat vermutlich bis nach 22 Uhr, aber maximal bis 22.30 Uhr, diskutieren.

Mitteilungen des Präsidenten

An der letzten Sitzung hat der Einwohnerrat eine 5er Spezialkommission zur Revision der Gemeindeordnung bestellt. In der Zwischenzeit hat das Büro die Mitglieder und die Präsidien gewählt. Die Mitglieder sind Karin Glaser, Rahel Amacker, Brigitte Schori, Jonathan Noack und Roman Oberli. Als Ersatzmitglieder wurden Leon Behrends, Karin Müller und Christian Schmid gewählt. Zur Präsidentin wurde turnusgemäss Karin Glaser gewählt und zur Vizepräsidentin Rahel Amacker. Der Votant gratuliert allen zur Wahl und wünscht der Spezialkommission viel Erfolg.

Präsenz

Für die Sitzung entschuldigt sind Nina Eldridge, Mitte/GLP, und Karin Müller, SP. Damit sind heute 38 Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte anwesend. Das absolute Mehr liegt bei 20 Stimmen und das Zweidrittelmehr bei 26 Stimmen.

Bevor der Rat zu den Geschäften übergeht, wird erneut eine Probeabstimmung durchgeführt. An der letzten Sitzung hat der Präsident gefragt, wie viele Mitglieder des Einwohnerrats mindestens anwesend sein müssen, damit die Beschlussfähigkeit gegeben ist. Die korrekte Antwort war 21 Mitglieder, also die Mehrheit des Rats. Das wussten 15 Einwohnerrat/innen. Nach zwei Runden sind die Leader im Ranking Gaida Löhr und Jonathan Noack, beide von der SP. Die heutige Quizfrage ist zum Thema Interessenskonflikt. Gemäss § 6 der Geschäftsordnung sollen Einwohnerräte bei Geschäften, die sie unmittelbar betreffen in den Ausstand treten bei Vorbereitung, Beratung und Beschlussfassung. Wer entscheidet über das Ausstandsbegehren eines Rats oder eine Rätin? Ist es die Fraktion (JA), der Rat (NEIN) oder das Einwohnerratsbüro (Enthaltung)?

Die Probeabstimmung wird durchgeführt. Alle Geräte funktionieren ordnungsgemäss.

Präsident Thomas Haefele, FDP teilt mit, dass 23 Ratsmitglieder mit ihrer Antwort richtiggelegen haben. Gemäss § 6 der Geschäftsordnung entscheidet der Einwohnerrat über Ausstandsbegehren.

Neue Vorstösse

Nr. 98, Interfraktionelle Interpellation: Mitwirkung ergebnisoffen gestalten

Nr. 100, Dringliche Interpellation H. Steffen, SVP: Sicherheitsdienst Postgasse, Schulwegsicherheit Rümelinschulhaus

Nr. 101, Postulat G. Löhr, SP: Unterstützung der Gesamterneuerung des Sonnenbades St. Margarethen

Nr. 102, Postulat R. Oberli, SVP: Begrünung Tramtrasse Linie 10/17

Einwohnerratspräsident Thomas Haefele, FDP fragt die Verfasser/innen der nicht dringlichen Vorstösse, ob sie ihre Vorstösse kurz begründen möchten.

Gaida Löhr, SP erwähnt, das Sonnenbad ist in Binningen seit 120 Jahren aktiv und wahrscheinlich eines der wenigen Freizeitangebote, dass die Gemeinde nichts kostet. Jetzt bei der Gesamtanierung kostet es dann schon einmal. Sie ist der Meinung, es sei eine wichtige Angelegenheit, die man unterstützen müsse. Das Sonnenbad hat bereits zahlreiche Sponsoren gefunden, aber z.B. der Lotteriefonds darf nur dann unterstützen, wenn auch die Gemeinde unterstützt. Die Planung ist bereits weit fortgeschritten, daher ist es ein relativ dringliches Geschäft. Sie hat sich Dringlichkeit überlegt, aber es ist auch ein grosses Geschäft. Die Postulantin möchte daher nicht auf Dringlichkeit pochen, aber den Gemeinderat bitten, trotzdem schnell zu reagieren.

Dringliche Interpellation H. Steffen, SVP: Sicherheitsdienst Postgasse, Schulwegsicherheit Rümelinschulhaus

100

Präsident Thomas Haefele, FDP informiert, gemäss Geschäftsordnung kann eine dringliche Behandlung einer Interpellation mit einer Zweidrittelmehrheit beschlossen werden. In diesem Fall hat der Gemeinderat noch an der gleichen Sitzung zu antworten. Er bittet den Interpellanten den Vorstoss und die Dringlichkeit kurz zu begründen.

Hubert Steffen, SVP führt aus, in der letzten Sitzung, als die Dringlichkeit befürwortet wurde, war der Antrag, dass man den Sicherheitsdienst sofort wiedereinsetzt. Inzwischen sind sechs Wochen vergangen. Der Interpellant hatte viele Gespräche mit besorgten Eltern. Was er nicht versteht: Bis zur Aufhebung des Sicherheitsdienstes wurden die Kosten ja auch über ein Budget resp. ein Konto abgebucht. Jetzt heisst es vom Gemeinderat plötzlich, es brauche eine spezielle Finanzierungsvorlage, über die der Einwohnerrat bestimmen müsse. Er kann dies nicht ganz nachvollziehen. Eigentlich ist der Wunsch, dass der Sicherheitsdienst sofort wiedereingesetzt wird und dass die Kosten über das Konto abgebucht werden, über die es bisher abgebucht wurde.

ABSTIMMUNG

Dringlichkeit: 30 JA / 5 NEIN / 3 Enthaltungen (Abstimmung 02, vgl. Anhang)

BESCHLUSS

://: Die dringliche Behandlung der Interpellation wird beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

1. Warum dauert es so lange bis der Gemeinderat das Postulat umsetzt?

Gemeinderätin Rahel Bänziger, Grüne erklärt, ein Postulat sei immer ein Prüfungsauftrag und kein Umsetzungsauftrag. Die seriöse Prüfung nimmt immer eine gewisse Zeit in Anspruch. Im vorliegenden Fall kamen auch noch zwei Wochen Ferien dazwischen.

2. Bis zur Absetzung des Sicherheitsdienstes, nach den Sommerferien, wurden diese Kosten auch über ein Budget/Konto bezahlt. Über welche Budgetposition wurden diese Kosten abgebucht und in welcher Höhe? Aus meiner Sicht liegt die Finanzkompetenz beim Gemeinderat!

Die bisherigen Kosten für den zusätzlichen Sicherheitsdienst in der Höhe von rund 150 000 Franken wurden zulasten des Projektkredites verbucht.

3. Warum wurden die Sperrzeiten auch nach den Herbstferien wiederum nicht eingehalten? Wer ist für das Einhalten der Sperrfristen zuständig?

Dem Gemeinderat sind keine neuen Verfehlungen bekannt. Es gilt aber zu beachten, dass es bei einer Grossbaustelle immer wieder zu speziellen Situationen kommen kann, die im Vorfeld nicht abschliessend geklärt werden können. In den Verträgen mit den anliefernden Unternehmen sind Sperrzeiten definiert und diese müssen eingehalten werden. Diese Forderung haben auch die Elternvertretungen im Gespräch mit der Gemeindepräsidentin platziert. Die Elternvertretungen haben der Gemeindepräsidentin anlässlich dieses Gesprächs in Aussicht gestellt, dass sie gerne auf die Forderung nach einer Sicherheitsperson bei der Postgasse verzichten, wenn die Sperrzeiten eingehalten werden.

Alle Akteure sind sich der speziellen Situation im Umfeld eines Schulhauses und ihrer Verantwortung gegenüber den schwächsten Verkehrsteilnehmenden absolut bewusst. Die Bauleitung setzt diese Sperrzeiten gemäss vertraglicher Vorgabe mit der Gemeinde um. Dennoch kommt es in seltenen Fällen vor, dass sich einzelne Akteure aus verschiedenen Gründen (Logistik, Verkehr) nicht an die Vorgaben halten können und während der Sperrzeiten zufahren möchten. Mit der neuen Schranke ist diese Situation dahingehend entschärft worden, als das Trottoir nicht ohne Hindernis gequert und eingefahren werden kann. In diesen seltenen und nicht planbaren Fällen ist die Bauleitung dafür besorgt, dass der Verkehr durch eine Person geregelt wird. Dies ist auf den angefügten Bildern der Interpellation deutlich sichtbar

4. *Seit der letzten ER-Sitzung sind bereits 6 Wochen vergangen ohne dass ein Ergebnis vom GR vorliegt. Warum dauert das so lange? Muss vorher zuerst etwas passieren, bevor der GR reagiert?*

Für die Frage nach der Dauer sei auf die erste Antwort verwiesen. Im Weiteren verzichtet der Gemeinderat auf die Beantwortung von Suggestivfragen und bittet den Interpellanten, zukünftig auf unseriöse und nicht zielführende Polemik zu verzichten.

5. *Warum behauptet der GR nach wie vor, dass es keinen Sicherheitsdienst benötige und den Entscheid des ER nicht umsetzen will?*

Der Gemeinderat bzw. die zuständige Gemeinderätin ist tatsächlich davon überzeugt, dass die Baustelle auch ohne zusätzlichen Sicherheitsdienst sicher ist. Mit der Anpassung des Verkehrsregimes nach den ersten Wochen hat der Gemeinderat in Absprache mit Fachpersonen den Langsamverkehr komplett vom Baustellenverkehr getrennt. Die Curt Götz-Strasse stellt dementsprechend heute eine ganz normale Verkehrssituation dar, wie sie auf jeder Gemeindestrasse vorkommt. Gleiches gilt auch für die Postgasse / Curt Götz-Strasse, mit der Ausnahme, dass es dort eine Baustellenausfahrt gibt, die ausnahmsweise auch als Einfahrt genutzt wird und über ein Trottoir führt (auch das grundsätzlich eine alltägliche Situation auf unseren Strassen). Dafür sind aber die Sperrzeiten definiert, und für die wenigen Fälle, in denen diese nicht eingehalten werden können, setzt die Bauleitung wie erwähnt eine Aufsichtsperson ein.

Der Einwohnerrat hat dem Gemeinderat einen Prüfungsauftrag erteilt. Ein Postulat. Diesen Auftrag nimmt der Gemeinderat sehr ernst und will ihn seriös erledigen. Der Einwohnerrat hat aber in keiner Art und Weise bereits die Wiedereinführung eines Sicherheitsdienstes beschlossen, zumal er die dafür benötigten Kosten noch gar nicht kennt.

6. *Jetzt kommt die Dunkelheit wieder zurück was zusätzlich eine Gefahr bringen wird. Zu welchem Zeitpunkt wird der Sicherheitsdienst nun wieder eingesetzt?*

Voraussichtlich in der nächsten Sitzung (15. Dezember) kann der Gemeinderat dem Einwohnerrat seinen Prüfungsbericht vorlegen, so dass der Einwohnerrat dann darüber entscheiden kann.

Interpellant Hubert Steffen, SVP findet, wenn es über einen Projektkredit gelaufen ist, wurden die Gelder vom Einwohnerrat ja bereits gesprochen. Er sieht nicht ein, wieso man jetzt etwas aussetzt und so tut, wie wenn man Mehraufwendungen hätte. Im Projektkredit, den der Einwohnerrat gutgeheissen hat, hat man ja indirekt auch die Sicherheitskosten gutgeheissen. Der Antrag war aus seiner Sicht klar, dass man sofort einen Sicherheitsdienst wiedereinsetzen muss. Der Redner findet es nicht richtig vom

Gemeinderat. Der Wille des Einwohnerrats wird verzögert und nicht korrekt umgesetzt. Das kann er in dieser Form nicht akzeptieren. Der Interpellant beantragt Diskussion.

ABSTIMMUNG

Diskussion: 28 JA / 5 NEIN / 5 Enthaltungen (Abstimmung 03)

://: Diskussion wird beschlossen.

DISKUSSION

Roman Oberli, SVP findet die Antwort auf Frage 1 auf Deutsch gesagt eine faule Ausrede. Der Gemeinderat ist die erste Instanz, die bei anderen Gelegenheiten, als der Rat eine Motion eingereicht hat, gesagt hat: «Eine Motion ist nicht das richtige Instrument.». Wie der Interpellant erwähnte, wird einmal mehr ein Beschluss und der Wille des Einwohnerrats durch den Gemeinderat ignoriert. Auch bei Postulaten gibt es Beispiele, wo der Gemeinderat ganz anders gehandelt und Postulate bereits umgesetzt hat, bevor sie der Einwohnerrat überhaupt überwiesen hat. Daher findet er die Antwort überhaupt nicht zufriedenstellend.

Felix Gerber, Mitte/GLP kann die Situation selbst nicht beurteilen. Ihm fällt einfach auf, dass der Rat in den letzten Sitzungen immer wieder solche Themen diskutiert. Letztes Mal war es ein Regenunterstand bei einem Schulhaus, bei dem die Lehrpersonen nicht mit der Verwaltung kommunizieren konnten. Jetzt sind es Eltern, die den Weg wieder via Einwohnerrat gehen müssen. Er fragt sich, ob man dies im Sinn einer lösungsorientierteren Herangehensweise und etwas mehr Effizienz nicht anders gestalten könnte. Vielleicht könnte die zuständige Gemeinderätin ihren Leuten in der Verwaltung, oder wo auch immer, sagen, dass die Kommunikation direkt zu ihr kommen soll und man es dort löst, bevor die Streitigkeiten mit Druck und dem entsprechenden Kabarett im Einwohnerrat landen. Das wäre aus seiner Sicht für alle Beteiligten die angenehmere Lösung.

Roman Oberli, SVP wollte noch ergänzen, dass das Beispiel gut aufzeigt, dass die Instrumente, die dem Einwohnerrat zur Verfügung stehen, nicht vollständig sind. Nach Meinung des Votanten sollte man z.B. ein Handlungspostulat einführen. Das sollte ein Teil der Aufgaben sein, die bei der Gesamtrevision der Gemeindeordnung angepackt werden.

Gaida Löhr, SP möchte in das gleiche Horn stossen. Wenn die zuständige Gemeinderätin sagt, Verstösse seien selten. Seltene Verstösse sind zu viel, wenn es um die Sicherheit der Kinder geht. Das ist das Eine. Das Andere bzgl. der Formfrage: Das Problem ist inzwischen bereits relativ lang bekannt, nämlich seit dem Sommer, seit der Sicherheitsdienst nicht mehr da ist. Dass es jetzt erst in den Einwohnerrat kommt, zeigt, dass man alle anderen Wege von den Eltern und vom Schulrat bereits ausgeschöpft hat. In diesem Sinn ist es zwar der Form nach ein Postulat, aber eigentlich ein Auftrag, dass dort dringender Handlungsbedarf besteht.

Charlotte Marti, SVP weiss nicht, warum man hier im Saal so lange diskutiert. Es ist ein Problem. Es betrifft Kinder. Sie weiss noch, wie es in einer Einwohnerratssitzung von der zuständigen Gemeinderätin hiess, sie hoffe, dass es nie zu einem Unfall kommen und keinen Todesfall geben wird. Alle wissen, wenn Lastwagen unterwegs sind, es ist eine Baustelle, es hat Kinder, die kommen aus der Schule etc. Sind die Anwesenden wirklich gewillt, keinen Sicherheitsdienst auf die Beine stellen zu lassen, nur weil es ein langer Weg ist, bis man sich entscheiden kann, ob etwas geht oder nicht? Man muss doch für die Kinder denken, die hier in Binningen zur Schule gehen. Sie plädiert dafür, jetzt vorwärts zu machen und etwas auf die Beine zu stellen.

Gemeinderätin Rahel Bänziger, Grüne möchte den Vorwurf, dass es eine faule Ausrede sei, ganz klar zurückweisen. Ein Postulat bedeutet, dass der Gemeinderat etwas prüfen und dann dem Einwohnerrat berichten muss. Roman Oberli hat selbst moniert, dass es bereits andere Vorstösse gegeben hat, bei denen der Gemeinderat gewisse Sachen bereits umgesetzt hat. Das richtige, politische Instrument ist das. Postulat heisst prüfen und berichten. An der nächsten Sitzung kommt der Gemeinderat mit dem Bericht. Es wird mit Hochdruck an der Postulatsantwort gearbeitet und der Bericht kommt in der Dezembersitzung in den Einwohnerrat. Dann kann der Einwohnerrat im Wissen um die Finanzen darüber entscheiden. Das ist das Eine. Es ist so, es gibt in diesem Sinn kein Handlungspostulat. Der Einwohnerrat müsste sich überlegen, ob er dies in die Geschäftsordnung aufnehmen möchte. Aber der Gemeinderat setzt hier einen Auftrag, den er vom Einwohnerrat erhalten hat, korrekt um.

Die Frage bzgl. des Projekts hat sie beantwortet. Zu Beginn ist der Sicherheitsdienst über den Projektkredit gelaufen. Wenn die Vorlage kommt, werden es die Ratsmitglieder sehen. Entweder lässt man es über den Projektkredit laufen und kommt dann mit einem Nachtragskredit. Dann bekommt man Haue vom Einwohnerrat, wieso der Projektkredit überzogen wurde. Oder man spielt jetzt mit offenen Karten und sagt genau, wieviel der Sicherheitsdienst kostet. Dies scheint ihr die transparentere und fairere Lösung. Die Aussage «Eltern müssen über den Einwohnerrat gelangen.». Nein. Die Eltern hatten eine Audienz bei der Gemeindepräsidentin. Es gab eine Diskussion. Die Elternvertretungen kamen, konnten ihre Fragen stellen und diese wurden beantwortet. Die Votantin hat in der Beantwortung der Interpellation bereits darauf Bezug genommen. Der Gemeinderat hat offene Ohren. Es läuft vieles. Auch die Abteilung Bildung, Kultur und Sport beantwortet viele Fragen und gibt Rückmeldungen. Wie die Anwesenden in der Interpellation gesehen haben, hat die zuständige Gemeinderätin auch schon auf die E-Mail von Hubert Steffen geantwortet. Die Antworten, die sie heute Abend gegeben hat, hat sie dem Interpellanten bereits vorgängig in der E-Mail erklärt und er hat diese in die Interpellation mitaufgenommen. Auch hier: Sie beantwortet die Sachen zeitnah und versucht, die Bedürfnisse aufzunehmen.

Wieso es so lange Diskussionen gibt? Das Postulat ist unterwegs und es kommt an der nächsten Sitzung. Der Einwohnerrat kann dann in Kenntnis der Kostenfolgen entscheiden. Dann kann der Sicherheitsdienst wiedereingesetzt werden, vorausgesetzt der Einwohnerrat stimmt diesen Kosten dann zu. Das ist der korrekte, politische Weg. Sie möchte diesen auch einhalten.

Einwohnerratspräsident Thomas Haefele, FDP wurde gebeten, die Sitzung kurz zu unterbrechen, da die Tonaufnahme durch den Ausfall der Mikrofonanlage nicht mehr funktioniert.

[Unterbrechung]

Der Präsident bittet die Anwesenden, wieder Platz zu nehmen. Die Sitzung wird etwas improvisiert mit Handmikrophonen wiederaufgenommen. Anmerkung der Protokollantin: Aufgrund des Ausfalls der Mikrofonanlage ist die Tonbandaufnahme der Sitzung von eingeschränkter Qualität. Es war daher teilweise keine Wortprotokollierung möglich. Die entsprechenden Stellen sind im Protokoll markiert.

Einwohnerratspräsident Thomas Haefele, FDP hat soeben einen Antrag von Hubert Steffen erhalten. Es scheint dem Redner aber nicht möglich, im Rahmen einer Interpellation einen Antrag zu stellen, über den der Rat abstimmt. Es gibt lediglich eine Diskussion. Der Antrag kann gerne als weiteres Geschäft anschliessend eingereicht werden. Aber bei einer dringlichen Interpellation gibt es an sich keine Anträge.

Roman Oberli, SVP findet es mühsam. Der Gemeinderat spielt Katze und Maus mit irgendwelchen Paragraphen. Wenn der Vorstoss in der letzten Sitzung als Motion eingereicht worden wäre, wäre der Gemeinderat die erste Instanz gewesen, die gesagt hätte, es sei das falsche Instrument. Es sei weder eine Änderung oder Ergänzung der Gemeindeordnung, eines Reglements oder eines Einwohnerratsbeschlusses. Es ist mühsam, sind dahinter zu verstecken. Der Wille des Einwohnerrats war eindeutig. Wenn man das Spiel wirklich so spielen möchte, muss der Einwohnerrat heute Abend beschliessen, dass er einen

Sicherheitsdienst möchte. Dafür muss die Sitzung unterbrochen werden, damit eine dringliche Motion auf die Traktandenliste aufgenommen werden kann, die die Umsetzung dieses Einwohnerratsbeschlusses fordert. Wenn der Gemeinderat dieses Spiel spielen möchte, ist der Votant bereit, es zu spielen.

Christoph Daniel Maier, FDP erklärt, dass er ursprünglich zu diesem Traktandum nichts mehr habe sagen wollen. Ein Begriff habe ihn jedoch sehr gestört: «Audienz». Dieser beschreibe die Haltung des Gemeinderats treffend, denn der Gemeinderat «empfange», um eine Audienz zu gewähren, genau jene Haltung, die kritisiert werde. Der Votant bemängelt mangelndes Zuhören und fehlende Sensibilität seitens des Gemeinderats. Er erinnert daran, dass bereits an der letzten Sitzung klar zum Ausdruck gekommen sei, dass eine Mehrheit des Einwohnerrats dafür sei, den Sicherheitsdienst zum Schutz der Kinder wieder aufzunehmen. Alles, was man vom Gemeinderat höre, sei jedoch: «Nein, das ist das falsche Instrument.» Dies sei aus seiner Sicht nicht akzeptabel. Maier betont, dass es nun an der Zeit sei, dass der Gemeinderat handle. Man wolle nicht erst warten, bis etwas passiere.

Präsident Thomas Haefele, FDP dankt für die Wortmeldungen und merkt an, dass es ihn freue, wenn Emotionen vorhanden seien. Dennoch wolle er gerne mit der Traktandenliste fortfahren.

Roman Oberli, SVP richtet eine konkrete Frage an den Gemeinderat. Er möchte wissen, ob dieser das Votum des Einwohnerrats verstanden habe und den Sicherheitsdienst nun sofort einsetzen werde.

Jonas Lüthi-La Roche, FDP führt aus, er frage sich, weshalb bei einem Projekt wie dem Schulhaus Campus nicht von Anfang an einen Sicherheitsdienst über die gesamte Bauzeit eingeplant worden sei. Es handle sich schliesslich um eine Baustelle, auf der während der gesamten Dauer ein Sicherheitsdienst nötig sei, insbesondere wegen der Lastwagen, die dort im Einsatz stünden. Er erwähnt, dass bereits ein Telefon an die Suva ausreichen würde: Die Suva würde erscheinen und die Baustelle würde geschlossen. (Anmerkung: Schlechte Tonqualität – Aussage unverständlich)

[Unterbrechung]

Andrea De Fregias, SP möchte anmerken, dass dort, wo sie wohnt, es momentan eine riesen Baustelle gibt und sie sieht jeden Tag zwei Securities. Sie kann sich nicht vorstellen, dass ein Sicherheitsdienst bei der Baustelle des Schulhauses nicht eingesetzt werde.

Hubert Steffen, SVP stellt erneut fest, dass der Gemeinderat und die Verwaltung dieses Geschäft aus seiner Sicht schlicht nicht umsetzen wollten. Dies könne der Einwohnerrat nicht akzeptieren.

Aline Glaser, Grüne (Anmerkung: Schlechte Tonqualität – Aussage unverständlich)

Einwohnerratspräsident Thomas Haefele, FDP erkundigt sich, ob es weitere Wortmeldungen gebe. Da dies nicht der Fall sei, erklärt er die Diskussion für geschlossen und kündigt an, mit der Traktandenliste fortzufahren.

Marco Giani, FDP merkt an, er hätte sich vom Gemeinderat noch eine Antwort gewünscht.

Nach weiteren emotionalen und teils empörten Wortmeldungen wendet sich die Gemeinderätin Rahel Bänziger an den Einwohnerratspräsidenten.

Einwohnerratspräsident Thomas Haefele, FDP verkündet, dass der GR bis zur Dezembersitzung den Sicherheitsdienst einrichtet und dass in der in der Dezembersitzung im Rahmen einer ordentlichen Diskussion dieses Postulats darüber diskutiert werden kann. [Applaus]

://: Der Einwohnerrat nimmt Kenntnis von den Antworten des Gemeinderats zur Interpellation.

Traktandenliste

://: Das Geschäft «Teilrevision Feuerwehrrglement» (Gesch. Nr. 99) wird vom Gemeinderat zurückgezogen.

	Gesch. Nr.
1. Protokoll vom 22. September 2025	
2. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 13.05.2025 Interpellation R. Büchelin, SP: Ranger/in Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	52
3. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 27.05.2025 Interpellation C.D. Maier, FDP: Interessenbindung Areal Spiesshöfli Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	66
4. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 01.07.2025 Interpellation FDP: Rücksichtsloses und gefährliches Parkieren der E-Zweiräder Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	56
5. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 05.08.2025 Interpellation St. Siegel, SVP: Budgetneutralität Überbrückungszahlungen Geschäftskreisführung: a.i. Rahel Bänziger	58
6. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 19.08.2025 Interpellation St. Siegel, SVP: Zentrumsleistungen Geschäftskreisführung: Marc Schinzel	59
7. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 19.08.2025 Interfraktionelle Interpellation: Transparenz der Vergabe von Kulturfördergeldern durch die Gemeinde Binningen Geschäftskreisführung: Marc Schinzel	60
8. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 13.05.2025 Postulat Mitte/GLP: Ausbau der öffentlichen E-Ladestationen in der Gemeinde Binningen Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	54
9. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 13.05.2025 Postulat Mitte/GLP: Bedarf an öffentlichen Toiletten im Dorfzentrum Binningen Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	55
10. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 17.06.2025	47

Postulat St. Siegel, SVP: Vandalismus

Geschäftskreisführung: Marc Schinzel

- | | | |
|-----|---|-----------------|
| 11. | Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 05.08.2025
Interfraktionelles Postulat: Vertretungsregelung Einwohnerrat
Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi | 31 |
| 12. | Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 05.08.2025
Motion Mitte/GLP: Biodiversität im öffentlichen Raum stärken
Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi | 63 |
| 13. | Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 16.09.2025
Kommunale Richtplanung (KRP) - Planungskredit
Geschäftskreisführung: Philippe Meerwein | 167/XIII |
| 14. | Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 19.08.2025
Energiefonds – Neualimentierung 2026-2035
Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi | 86 |
| 15. | Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 16.10.2025
1. Lesung Baumschutzreglement
Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi | 46 |
| 16. | Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 14.10.2025
Interpellation H. Steffen, SVP: Mehraufwendungen im Bereich stationärer kommunaler und überkommunaler Pflegefinanzierung
Geschäftskreisführung: a.i. Rahel Bänziger | 77 |
| 17. | Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 16.09.2025
Interpellation C.D. Maier, FDP: Grünstadt
Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi | 79 |
| 18. | Diversa | |

Protokoll vom 22. September 2025

Einwohnerratspräsident Thomas Haefele, FDP teilt mit, beim Büro seien keine Änderungsanträge zum Protokoll eingegangen.

BESCHLUSS

://: Das Protokoll wird genehmigt.

Interpellation R. Büchelin, SP: Ranger/in

Ralph Büchelin, SP dankt dem Gemeinderat für die Beantwortung der Fragen. Er führt aus, dass der Gemeinderat den Einsatz eines/einer Ranger/in grundsätzlich positiv beurteilt, was erfreulich sei. Weiter teilt der Votant mit, dass der Gemeinderat bereits an der Ausarbeitung eines Konzepts für einen Rangerdienst in Zusammenarbeit mit Allschwil, dem Forstrevier Leimental und dem Rangerdienst Baselland sei.

Er erläutert, dass das klassische Aufgabenfeld eines/einer Ranger/in üblicherweise im Wald und auf den Feldern liege. Dort solle darauf geachtet werden, dass die Leute die Regeln einhalten und bei Fehlverhalten entsprechend hingewiesen würden. Die Rangerin könne in solchen Situationen Einfluss nehmen und auf korrektes Verhalten aufmerksam machen.

Zudem erklärt der Votant, dass eine weitere Aufgabe in der Information der Besucherinnen und Besucher über Flora und Fauna liege, beispielsweise im Schutzgebiet Herzogenmatt.

In Bezug auf die Interpellation führt der Redner weiter aus, dass der Aufgabenbereich aus seiner Sicht ausgeweitet werden könnte. So sei er der Meinung, ein Ranger könne auch im urbanen Gebiet der Gemeinde eingesetzt werden, um dort Kontrollgänge durchzuführen. So könnten zum Beispiel Rückschnitte von Hecken überprüft werden, was häufig ein grosses Ärgernis für Benutzerinnen und Benutzer der Trottoirs darstelle. Der Gemeinderat sei jedoch der Ansicht, dies sei Aufgabe der Polizei. Der Votant findet jedoch, dass die Polizei bereits genügend Arbeit habe und nicht auch noch Hecken kontrollieren müsse.

Zum Schluss betont er, dass er es sehr begrüsse, dass seitens Gemeinde Bereitschaft bestehe, das Thema Ranger/in weiterzuverfolgen. Abschliessend äussert er, dass er gespannt darüber sei, was sich daraus ergeben werde.

Charlotte Marti, SVP äussert, es freue sie, dass der GR an einem Konzept arbeite. Dies zeige ihrer Ansicht nach klar, dass die aktuelle Situation nicht optimal sei. Die Sträucher würden weit ins Trottoir hineinwachsen, wodurch der Durchgang mit Kinderwagen oder Rollator an einigen Strassen kaum mehr möglich sei. Sie betont, dass Kinder sowie alle Fussgängerinnen und Fussgänger sicher unterwegs sein sollten. Daher sei es aus ihrer Sicht wichtig, eine verantwortliche Person für diese Aufgaben zu haben.

Gian Kamber, GLP hält fest, dass aus ihrer Sicht derzeit keine akute Dringlichkeit für den Einsatz einer Rangerin oder eines Rangers in der Gemeinde besteht. Es sei nicht ausreichend klar, welche Aufgaben diese Person genau übernehmen würde und ob es sich um eine Festanstellung handeln solle.

Aus geografischer Sicht mache eine Lösung gemeinsam mit Allschwil am meisten Sinn, da der Allschwiler Wald grösstenteils auf Allschwiler Gebiet liege und teilweise auch zu Binningen gehöre, wodurch Synergien genutzt werden könnten.

Aus finanzieller Sicht bestehe jedoch aktuell kein dringender Bedarf, insbesondere angesichts der Kosten von rund 150'000 Franken für den Sicherheitsdienst.

Gemeinderatspräsidentin Caroline Rietschi, SP erklärt, dass der Gemeinderat Binningen dem Vorhaben bereits zugestimmt habe und der Gemeinderat Allschwil, soweit ihr bekannt sei, noch in dieser Woche darüber entscheiden werde, ob ein gemeinsamer Ranger eingeführt wird. Der Aufgabenbereich sei klar definiert, die Ranger seien fachlich ausgebildet und verfügten teilweise auch über zusätzliche Aufgabenbereiche. Aktuell sehe es gut aus, dass die Umsetzung erfolgen könne und dadurch die sicherheitsrelevanten Herausforderungen zumindest reduziert würden.

Bezugnehmend auf den Hinweis bezüglich der Trottoirs, die aufgrund von Hecken oftmals nicht richtig begehbar seien, hält sie fest, dass man daran sei. Der Werkhof führe hierzu regelmässige Kontrollen durch.

Charlotte Marti, SVP spricht der Gemeinderätin ihren Dank aus. Sie erinnert daran, dass in Binningen bereits eine private Sicherheitsfirma im Einsatz stehe, welche unter anderem Anlagen schliesse und kontrolliere, ob sämtliche Türen abgeschlossen seien. In diesem Zusammenhang stellt sie die Frage, ob bei dieser Firma bereits abgeklärt worden sei, ob sie zusätzliche Aufgaben in Binningen übernehmen könnte.

Gemeinderatspräsidentin Caroline Rietschi, SP hält fest, dass beim Sicherheitsdienst Campus in diesem Zusammenhang nicht nachgefragt worden sei. Andere Aufgaben würden vom Sicherheitsdienst jedoch – abhängig von Auslastung und Möglichkeit – selbstverständlich übernommen. Sie weist zudem darauf hin, dass nicht sämtliche Aufgaben an einen Sicherheitsdienst delegiert werden könnten.

Charlotte Marti, SVP (Anmerkung: Schlechte Tonqualität – Aussage unverständlich)

Gemeinderat Marc Schinzel, FDP (Anmerkung: Schlechte Tonqualität – Aussage unverständlich)

Einwohnerratspräsident Thomas Haefele, FDP merkt an, dass die Sitzung nun bereits seit einer Stunde andauere und zwei Interpellationen durchgenommen worden seien. Er bittet die Anwesenden, sich auf ihre Voten zu fokussieren, um eine gewisse Effizienz für den weiteren Verlauf des Abends sicherzustellen.

ABSTIMMUNG

Kenntnisnahme.

BESCHLUSS

://: Der Einwohnerrat nimmt die Antworten des Gemeinderats zur Kenntnis.

Traktandum 3

Gesch. Nr. 66

Interpellation C.D. Maier, FDP: Interessenbindung Areal Spiesshöfli

Thomas Haefele eröffnet den Traktandenpunkt und kündigt die Behandlung der Interpellation von Christian Daniel Maier zum Thema „Interessensbindung Areal Spiesshöfli“ an. Er fragt den Interpellanten, ob eine Diskussion gewünscht wird.

Christian Daniel Maier, FDP führt aus, dass er an der Interpellation positiv hervorhebt, dass diese aus seiner Sicht eine ehrliche Darstellung ermögliche. Er weist darauf hin, dass im Gemeinderat nach seiner Wahrnehmung zwei unterschiedliche Standards zur Beurteilung von Interessenkollisionen bestehen, was aus seiner Sicht nicht nachvollziehbar sei. Weiter betont er die bestehende Treuepflicht von Organen einer Gesellschaft und dass bei gleichzeitig gemeindebezogenen Geschäften ein potenzieller Interessenkonflikt entstehen könne. Er stellt fest, dass der Umgang des Gemeinderats mit Interessenkonflikten seiner Ansicht nach problematisch sei und sich dies jüngst erneut gezeigt habe.

Er regt an, dass sich die Geschäftsprüfungskommission mit dem Thema Interessenkonflikte, insbesondere der Behandlung, den angewandten Kriterien sowie der Überprüfung vergangener Fälle, befassen solle. Abschliessend merkt er an, dass ihn interessieren würde, wie sich die Geschäftsprüfungskommission zu diesem Thema positionieren würde und ob sie eine entsprechende Behandlung künftig vornehmen könnte.

Sirin Hauri, Grüne führt aus, es möge zutreffen, dass das Ausstandsrecht auf nationaler Ebene häufig in dieser Weise gehandhabt werde. Wenn jedoch eine Politikerin oder ein Politiker einem Initiativkomitee beitrete, ergebe sich daraus weder ein persönlicher noch ein finanzieller Nutzen. Vielmehr sei davon auszugehen, dass die politischen Interessen der Person mit ihren Wählerinnen und Wählern übereinstimmen. Hingegen, so erläutert sie weiter, würden Politikerinnen und Politiker nicht dafür gewählt, die Interessen von Arbeitgebern, Verwaltungsratsmandaten oder Institutionen zu vertreten, von denen sie Geld erhielten. Dort bestehe eine klare Abhängigkeit. Aus ihrer Sicht müsste man Interessenkonflikte vielmehr umgekehrt über die Ausstandsregel lösen. Sie wünsche sich, dass man zumindest auf Gemeindeebene konsequent in den Ausstand trete, sobald ein finanzielles Interesse bestehe.

Lewin Lempert, SP erklärt, er wolle kurz Stellung nehmen. Er plädiert dafür, die Interpellation zu beraten, den Abstimmungskampf zum Areal Spiesshöfli jedoch hinter sich zu lassen. Er hält fest, dass die Bevölkerung mit einem klaren Ergebnis – rund zwei Drittel gegen die Initiative – entschieden habe und dass sich der Gemeinderat aus seiner Sicht korrekt und gesetzeskonform verhalten habe. Er spricht sich dafür aus, nach vorne zu schauen statt vergangene Auseinandersetzungen erneut aufzurollen. Das Volks-Ja bzw. Volks-Nein zur Initiative sei zu akzeptieren.

Christian Schmid, SVP merkt an, dass es seiner Ansicht nach zu einem erheblichen medialen Aufschrei gekommen wäre, wenn die Eigentümerin des betroffenen Grundstücks beispielsweise eine Versicherung oder eine Bank gewesen wäre und ein Mitglied des Gemeinderats dort im Verwaltungsrat sässe. Im Vergleich dazu erscheine es ihm bemerkenswert, dass bei einer Person, die als Hobby in einem Initiativkomitee mitwirke und finanziell nicht betroffen sei, ein Ausstand gefordert werde, während bei jemandem, der seinen Lebensunterhalt durch eine Firma beziehe, ein solcher Ausstand als weniger problematisch betrachtet werde. Er hält fest, dass aus seiner Sicht offenkundig sei, dass dies nicht korrekt sei.

Brigitte Schori, FDP bedankt sich bei Lewin Lempert für dessen Votum und erklärt, dass er bzw. sie diesem vollständig zustimmt.

Gemeinderatspräsidentin Caroline Rietschi, erklärt, sie sei ehrlich gesagt ratlos gewesen, da sie das angesprochene Problem nicht nachvollziehen könne und offenbar ein grundlegendes Missverständnis vorliege. Sie führt aus, dass die Mitgliedschaft im BLT-Beirat unmittelbar an das politische Mandat gebunden sei. Sie selbst sei als Gemeinderätin in den Beirat delegiert worden und erhalte dafür keinen einzigen Franken. An den Beiratssitzungen gebe es Wasser, damit sei das Thema für sie erledigt.

Weiter erläutert sie, dass Stephan Appenzeller in den Verwaltungsrat der BLT gewählt worden sei. Er erhalte dort zwar eine Entschädigung, diese mache jedoch bei Weitem keinen wesentlichen Teil seines Einkommens aus. Stephan Appenzeller sei als Vertreter von Binningen und dem Leimental in dieses Gremium gewählt worden, um dort die Interessen der Gemeinde sowie der gesamten Region zu vertreten. Einen Einfluss auf das vorliegende Geschäft habe diese Funktion nicht.

Abschliessend unterstützt sie die Ausführungen von Lewin Lempert. Das Ergebnis liege vor, die Bevölkerung habe dem Thema damit einen klaren Abschluss gegeben, und dieser Schlusstrich sei nun zu akzeptieren.

Christoph Daniel Maier (FDP) hält fest, dass er der zuvor geäusserten Meinung nicht zustimmt. Er weist erneut auf seine Auffassung, dass für Verwaltungsratsmitglieder eine klare Treuepflicht gegenüber dem betreffenden Unternehmen besteht, unabhängig davon, wie sie zu ihrem Mandat gekommen sind. Diese Treuepflicht sei aus seiner Sicht im vorliegenden Fall nicht erfüllt. Er kritisiert, dass der Gemeinderat bei der Behandlung des Geschäfts keinen Interessenkonflikt erkannt habe und betont, es sei notwendig, die Kriterien sowie die Handhabung von Interessenkonflikten durch die Geschäftsprüfungskommission überprüfen zu lassen.

Er erklärt, dass er angesichts der geringen Einsicht des Gemeinderates in Bezug auf geltendes Recht grosse Mühe habe und dass die aus seiner Sicht zu leger Behandlung von Interessenkonflikten der Gemeinde schade. Er stellt die Frage, wie in anderen Fällen – etwa bei Tätigkeiten in einem Altersheim oder bei Geschäften, die den eigenen Broterwerb betreffen – mit möglichen Interessenkonflikten umgegangen würde und ob dort ebenfalls kein Ausstand erfolgen würde. Aus seiner Sicht seien diese Situationen klar konfliktträchtig und anders zu behandeln.

Roman Oberli, FDP **Anmerkung: Schlechte Tonqualität – Aussage unverständlich)**

ABSTIMMUNG

Kenntnisnahme.

BESCHLUSS

://: Der Einwohnerrat nimmt Kenntnis von den Antworten des Gemeinderates zur Interpellation.

Traktandum 4

Gesch. Nr. 56

Interpellation FDP: Rücksichtsloses und gefährliches Parkieren der E-Zweiräder

Jonas Lüthi-La Roche, FDP erklärt, dass er es begrüsse, endlich zum betreffenden Thema zu kommen. Er könne den Gemeinderat für dieses Geschäft grundsätzlich in die Verantwortung nehmen; die Unterlagen seien ausführlich beschrieben, und es werde dargestellt, dass keine Probleme bestünden. Er betont, dass er nicht beabsichtige, beim Thema E-Mobilität als Spassbremse aufzutreten oder Entwicklungen in der Gemeinde zu behindern. Er weist jedoch darauf hin, dass auf einem grossen Teil der Trottoirs Parkverbot gelte und hier noch Diskussionsbedarf bestehe. Er spricht sich dafür aus, die Thematik vertieft zu diskutieren.

Einwohnerratspräsident Thomas Haefele, FDP kündigt an, dass in diesem Fall zur Abstimmung geschritten wird.

ABSTIMMUNG

Diskussion: 28 JA / 2 NEIN / 6 Enthaltungen (Abstimmung 04)

://: Diskussion wird beschlossen.

DISKUSSION

Jonas Lüthi-La Roche, FDP hält fest, dass klare Regeln bestehen und diese auch einzuhalten seien. Er weist darauf hin, dass die Gemeinde auf ihrem Hoheitsgebiet gegenüber den Anbietern von E-Trottinets entsprechende Zuständigkeiten habe. Während bei zu schnellem Fahren automatisch eine Busse nach Hause geschickt werde, fehle bei falsch abgestellten E-Trottinets eine vergleichbare Konsequenz; die Polizei habe anderes zu tun, als diesen Fällen nachzugehen. Dies empfinde er als störend, zumal es Richtlinien gebe, die das korrekte Abstellen vorschrieben. Aufgrund des begrenzten Platzes sei dies jedoch vielfach gar nicht möglich, was für ihn ein erhebliches Problem darstelle.

Er verweist darauf, dass die Gemeinde die Möglichkeit habe, eine Sperrzone für alle Trottoirs mit einer Breite von weniger als 1,80 m zu definieren. Obwohl er nicht als Spassbremse auftreten wolle, sehe er deutlichen Handlungsbedarf.

Stefan Kaiser, FDP führt aus, dass die Anzahl problematisch abgestellter E-Trottinets über den Sommer deutlich zugenommen habe. Diese stünden teilweise vor Fussgängerstreifen oder lehnten an Hauseingängen. Auf Meldungen an Wochenenden – etwa an einem Sonntag – werde von den Anbietern häufig mitgeteilt, dass eine Abholung nicht möglich sei. Dies habe sich nach Rückmeldungen verschiedener Personen wiederholt bestätigt. Nach seiner Einschätzung funktioniere bei diesem Thema weder Vernunft noch gesunder Menschenverstand zuverlässig.

Der Redner betont, dass es für die Nutzerinnen und Nutzer einfach wäre, die Geräte korrekt abzustellen, diese jedoch häufig dort abgestellt würden, wo es gerade passe. Mittels Geofencing könne problemlos eine klar definierte Abstellzone geschaffen werden. Der Gemeinderat habe mit dem publizierten Schreiben guten Willen gezeigt und angenommen, dass eine schriftliche Regelung ausreiche. Dies sei ein positiver Schritt, doch brauche es seiner Ansicht nach dennoch eine aktive Kontrolle, damit die Vorgaben tatsächlich eingehalten würden.

Karin Glaser, Grüne erklärt, dass sie den zunehmenden Wildwuchs der E-Trottinets als sehr störend empfinde, insbesondere, wenn diese mitten auf der Strasse stehen. Das Erstellen von Fotos sei in diesem Zusammenhang kaum möglich. **Anmerkung: Schlechte Tonqualität – Aussage unverständlich)**

Sie hält fest, dass der Sicherheitsdienst in Binningen nicht dafür zuständig sei, den falsch abgestellten E-Trottinets hinterherzugehen. Wenn dieser jedoch an einer Stelle vorbeikomme, an der die E-Trottinets regelmässig Hindernisse auf der Strasse bildeten, stelle dies aus ihrer Sicht ein sicherheitsrelevantes Problem dar. Sie berichtet, dass sie bereits Meldung über sehr schlecht abgestellte Geräte gemacht habe, jedoch kein Interesse an einer Verbesserung erkennbar gewesen sei.

Die Votantin äussert Unsicherheit darüber, welche Massnahmen gegen den Wildwuchs wirksam wären, und nennt als mögliche Optionen etwa eine Sperrung bestimmter Gemeindegebiete oder höhere Kosten für die Anbieter.

Ralph Büchelín, SP erklärt, dass er eine Sperrung des Gemeindegebiets nicht für eine geeignete Lösung halte. E-Trottinets seien grundsätzlich eine gute Sache, sofern die geltenden Regeln eingehalten würden. Den bestehenden Wildwuchs gelte es einzudämmen, und die Nutzerinnen und Nutzer müssten die

Geräte korrekt und rücksichtsvoll abstellen. Er kritisiert zudem, dass E-Trottinets auf Trottoirs herumfahren, was er als gefährlich einstuft und wovon er eine konsequente polizeiliche Kontrolle analog zu Velofahrenden auf Gehwegen erwartet.

Weiter nimmt der Votant Bezug auf eine Passage im Bericht, wonach es immer wieder Passanten gebe, die korrekt abgestellte Leihvelos oder -trottinets mutwillig umstellen würden. Er bezeichnet diese Aussage als ungewöhnlich und fragt nach, woher diese Information stamme bzw. wer sie verfasst habe.

Lukas Jegge, Mitte erklärt, die Interpellation stelle eine Herausforderung dar. Er bezeichnet das Fotografieren falsch abgestellter Fahrzeuge als einen Schritt in die richtige Richtung, stellt jedoch die Frage, ob die bestehenden Massnahmen ausreichen, um die Sicherheit der Fussgängerinnen und Fussgänger – insbesondere älterer Menschen – zu gewährleisten.

Er regt an, eine zonenbezogene Begrenzung einzuführen, bei der E-Trottinets innerhalb eines bestimmten Gebiets blockiert und in der App entsprechend gekennzeichnet würden, sodass dort kein Abstellen möglich wäre. Gleichzeitig betont er, dass die Fahrzeuge beliebt seien und nicht einfach verdrängt werden könnten. Er hofft, dass der Gemeinderat die weitere Entwicklung aufmerksam verfolgt, zusätzliche Massnahmen prüft und insbesondere im Bereich einer möglichen Sperrzone aktiv wird.

Leon Behrends, FDP erklärt, dass er als Befürworter der Mikromobilität das Thema aus diesem Blickwinkel beleuchten möchte. Eine Sperrzone erachtet er im Hinblick auf die Standortattraktivität von Binningen als nicht sinnvoll. Er weist darauf hin, dass es neben Geofencing zahlreiche weitere technische Lösungen gebe.

Er berichtet von Erfahrungen aus Städten wie Barcelona oder Las Vegas, in denen falsch abgestellte Fahrzeuge zu Bussen führten, die teilweise innerhalb eines halben Tages zugestellt wurden. Für Binningen hält er ein solches Vorgehen zwar nicht in diesem Ausmass für notwendig, ist jedoch der Ansicht, dass die wenigen Personen, die eine Busse erhielten, daraus rasch lernen würden.

Sirin Hauri, Grüne weist darauf hin, dass, wenn bereits verschiedene Massnahmen ausprobiert wurden und die E-Trottinets weiterhin falsch abgestellt würden, die Frage bestehe, ob genügend Parkplätze für Fahrräder und Trottinets zur Verfügung stünden.

Lewin Lempert, SP merkt an, dass er ebenfalls beobachtet, dass E-Trottinets manchmal falsch auf den Trottoirs abgestellt werden. Gleichzeitig weist er darauf hin, dass es im Alltag auch andere Dinge gebe, die störend seien. Er nennt als Beispiel SUVs, die aus seiner Sicht beim Fahrradfahren ein deutlich grösseres Sicherheitsrisiko darstellen als falsch abgestellte E-Trottinets.

Er führt aus, dass man am Ende des Tages nicht für alles ein Reglement haben müsse. Er verweist auf den Aufruf auf der Website der Gemeinde Binningen, die E-Trottinets korrekt zu parken, stellt jedoch fest, dass es immer Jugendliche geben werde, die dies nicht beachten, und dass daher E-Trottinets auch künftig falsch abgestellt werden könnten.

Jonas Lüthi-La Roche, FDP betont, dass ihn die Nutzung von E-Trottinets durch Jugendliche freut und er dies ausdrücklich unterstützt. Er sieht darin kein Problem und spricht sich dafür aus, die Nutzung klar zu regeln.

Er führt aus, dass Sperrzonen, in denen das Parkieren nicht erlaubt ist und ein Ausloggen nicht möglich ist, das System stark vereinfachen würden. Eine definierte Parkzone auf dem gesamten Gemeindegebiet würde es ermöglichen, die Fahrzeuge automatisch korrekt abzustellen. Aus seiner Sicht sei dies auch ein Mittel, um die Nutzerinnen und Nutzer gezielt «zu erziehen».

Er weist darauf hin, dass die Kosten für eine solche Lösung vom E-Trottinett-Anbieter getragen werden könnten. Er betont, dass er nicht als Bremse für diejenigen auftreten wolle, die die E-Trottinetts nutzen, und dass er die Fahrzeuge insbesondere aus Sicherheitsgründen für Jugendliche als sinnvoll erachte.

Roman Oberli, SVP schliesst sich einem grossen Teil der vorangegangenen Stellungnahmen an. Er betont, dass es ihm nicht darum gehe, alle E-Trottinetts umzustellen, verweist jedoch darauf, dass genau dies das Geschäftsmodell der Anbieter sei, wonach die Fahrzeuge überall abgestellt werden können. Aus seiner Sicht sei dies insbesondere dann störend, wenn die Fahrzeuge quer auf der Strasse stehen.

Gian Kamber, GLP weist darauf hin, dass die App der «Pick-e-Bikes» die Nutzerinnen und Nutzer am Ende der Fahrt zum Fotografieren des abgestellten Fahrzeugs auffordere, wodurch die zuvor diskutierte Problematik weitgehend vermieden werde. Er bezeichnet dies als ein niederschwelliges Instrument, das zu einer Verbesserung der Situation beiträgt.

Er führt weiter aus, dass in einem zweiten Schritt Zonen definiert werden könnten, insbesondere in Bereichen mit wenig Platz, hoher Frequentierung oder eingeschränkter Ausweichmöglichkeit, um die Sicherheit und Ordnung weiter zu gewährleisten.

Einwohnerratspräsident Thomas Haefele, FDP gibt dem Gemeinderat die Möglichkeit, sich zu den vorangegangenen Ausführungen zu äussern, bevor die Sitzung fortgesetzt wird.

Gemeinderatspräsidentin Caroline Rietschi, SP hält fest, dass die Einführung einer Sperrzone geprüft werden könne. Sie verweist darauf, dass die Problematik bereits mehrfach angesprochen wurde: Wenn die Geräte nicht korrekt funktionieren, könnte eine Sperrzone wiederum eine Einschränkung darstellen.

Sie merkt an, dass es tatsächlich Menschen gebe, die Freude daran hätten, die Trottinetts absichtlich falsch abzustellen, insbesondere jüngere Personen. Oftmals werde durch Hinweise erreicht, dass diese Verhaltensweise eingestellt werde. Sie stellt klar, dass man sich der bestehenden Probleme bewusst sei, betont jedoch, dass seit längerem keine Meldungen bei der Gemeinde eingegangen seien. Abschliessend erklärt sie, dass geprüft werde, welche der vorgeschlagenen Massnahmen umgesetzt werden könnten.

Der Präsident schliesst das Traktandum.

ABSTIMMUNG

Kenntnisnahme.

BESCHLUSS

://: Der Einwohnerrat nimmt die Antworten des Gemeinderats zur Kenntnis.

Traktandum 5

Gesch. Nr. 58

Interpellation St. Siegel, SVP: Budgetneutralität Überbrückungszahlungen

Der Präsident fragt, ob der Interpellant Stellung beziehen möchte. Der Interpellant möchte keine Stellung beziehen. Der Präsident schliesst das Traktandum 5 ab.

ABSTIMMUNG

Kenntnisnahme.

BESCHLUSS

://: Die Beantwortung der Interpellation wird zur Kenntnis genommen.

Traktandum 6

Gesch. Nr. 59

Interpellation St. Siegel, SVP: Zentrumsleistungen

Der Präsident fragt, ob der Interpellant Stellung beziehen möchte. Der Interpellant möchte keine Stellung beziehen. Der Präsident schliesst das Traktandum 6 ab.

ABSTIMMUNG

Kenntnisnahme.

BESCHLUSS

://: Der Einwohnerrat nimmt Kenntnis von den Antworten des Gemeinderats zur Interpellation.

Traktandum 7

Gesch. Nr. 60

Interfraktionelle Interpellation: Transparenz der Vergabe von Kulturförderungsgeldern durch die Gemeinde Binningen

Einwohnerratspräsident Thomas Haefele, FDP fragt, ob der Interpellant Stellung beziehen möchte.

Stephan Siegel, SVP hält fest, dass in der Interpellation die fehlende Transparenz bei der Vergabe von Kulturförderungsgeldern durch die Gemeinde bemängelt wird. Er weist darauf hin, dass die Verteilung der Gelder nicht publiziert sei und Entscheidungen sowie Vergaben ohne klare Dokumentation nur schwer nachvollziehbar seien.

Er führt aus, dass ihm bei der geprüften Liste auffällt, dass viele geförderte Projekte, die Geld aus Binningen erhalten, tatsächlich in Basel angesiedelt seien, teilweise sogar gewinnorientierte, reguläre Unternehmen. Zudem zeigt er auf, dass in der Übersicht Unstimmigkeiten bei den Empfängern bestehen: Zwar stimmen die Gesamtbeträge, jedoch weichen die in den einzelnen Aufstellungen genannten Empfänger voneinander ab. Beispielsweise werde im Geschäft Nr. 59 Geld an das «Himmelszelt» und das «Jugendkulturfestival» ausgewiesen, während im Geschäft Nr. 60 der Zoo und der Astronomische Verein genannt würden.

Er betont, dass es wünschenswert wäre, dass die Übersicht korrekt ist, die Entscheidungen nachvollziehbar dargestellt werden und die Zahlen mit den tatsächlichen Empfängern übereinstimmen.

Gemeinderat Marc Schinzel, FDP bedankt sich für die Fragen und Bemerkungen an Stephan Siegel. Er führt aus, dass er die Kritik nur teilweise nachvollziehen könne, da die Vergaben von Kulturfördergeldern im Kulturpool Leimental in amtlichen Organen, wie dem «Binner Anzeiger», publiziert würden.

Er erklärt, dass beim Wechsel zwischen den Projekten «Himmelszelt» und «Jugendkulturfestival» zuvor der Zoo und der Astronomische Verein berücksichtigt worden seien. Dies sei nicht willkürlich erfolgt, sondern nach einer nachvollziehbaren Linie, die der Gemeinderat verfolge. Zudem habe man beschlossen, die Jugendkultur künftig verstärkt zu berücksichtigen.

ABSTIMMUNG

Kenntnisnahme.

BESCHLUSS

://: Der Einwohnerrat nimmt Kenntnis von den Antworten des Gemeinderats zur Interpellation.

Traktandum 8

Gesch. Nr. 54

Postulat Mitte/GLP: Ausbau der öffentlichen E-Ladestationen in der Gemeinde Binningen

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Lukas Jegge, Mitte nimmt die Antwort des Gemeinderates zur Kenntnis und begrüsst grundsätzlich das Bestreben im Bereich der Energiestrategie. Er betont jedoch, dass eine zukunftsgerichtete Strategie über die Station der bestehenden Anlagen hinausgehen müsse. Eine umfassende und nachhaltige Mobilitätsentwicklung beinhalte zwingend auch den Ausbau sinnvoll platzierter E-Ladestationen.

Er kritisiert, dass der Gemeinderat bisher nicht die proaktive Rolle übernommen habe, die sich seine Fraktion gewünscht hätte. Die bestehenden E-Ladestationen im Kronenmattsaal und beim Schloss befänden sich jeweils in Tiefgaragen, die aus Sicht der Öffentlichkeit wenig sichtbar und aus Sicherheitsgründen, insbesondere für ältere Personen, suboptimal seien. Auch eine potentiell geplante E-Ladestation beim Psychiatrischen Zentrum in Binningen wäre wieder in einer Tiefgarage untergebracht gewesen, wodurch bestehende Probleme erneut entstünden, ohne echten Mehrwert für die Öffentlichkeit.

Lukas Jegge weist darauf hin, dass mindestens eine Ladestation aufs Westplateau – im Bereich Spiegel- feld oder Meiriacker – gehöre. Diese Standorte seien gut frequentiert, lägen in dicht besiedelten Wohn- gebieten und in der Nähe von Schulen sowie Sportanlagen, wodurch ein klarer Bedarf für Anwohnerin- nen und Anwohner, Lehrpersonen sowie Besucher von Sportveranstaltungen bestehe.

Er stimmt der Haltung des Gemeinderates zu, dass die Gemeinde nicht zwingend selbst Betreiberin oder Installateurin der E-Ladestationen sein müsse, erwartet jedoch, dass sie aktiv die E-Mobilität fördere. Dies könne etwa durch die Koordination erfahrener Partner wie «Mobility» geschehen, die über fun- diertes Wissen zu Standortwahl und Evaluationsverfahren verfügen. Sichtbare Schnellladestationen seien heutzutage ein Zeichen für verantwortungsbewusste, moderne Mobilität.

Abschliessend betont Jegge, dass die Diskussion über Ursache und Wirkung – ob zuerst Angebot oder Nachfrage – aus seiner Sicht mühsam sei. Er wünsche sich, dass die Gemeinde Verantwortung übernehme, aktiv gestalte und als Vorbild vorangehe. In Bezug auf das vorherige Geschäft zu E-Strategien empfehle er klar, dass die E-Mobilität ein integraler Bestandteil sei, und appelliert an den Gemeinderat, das Geschäft entsprechend zu überweisen und dem Appell zu folgen.

Urs Hauri, Grüne bestätigt weitgehend die Ausführungen von Lukas Jegge und verweist auf den Anteil der Neuzulassungen von E-Fahrzeugen, der bei rund 20% liege. Er teilt mit, dass die Grüne Fraktion mehrheitlich dafür sei, das Postulat an den GR zu überweisen. (Anmerkung: Schlechte Tonqualität – Aussage teilweise unverständlich)

Ralph Büchelin, SP bedankt sich für den Bericht des Gemeinderats. Er erklärt, dass der Gemeinderat die Förderung von E-Ladestationen derzeit als weniger wichtig einschätze, da sich die Nachfrage bislang in Grenzen halte. Der Votant ist jedoch überzeugt, dass sich dies bald ändern werde. Er führt aus, dass gemäss einem kürzlich erschienenen Bericht der Audi-Chef Gernot Döllner gesagt habe, die Zukunft werde definitiv elektrisch sein. Wenn selbst der Audi-Chef solche Aussagen macht, müsse man davon ausgehen, dass etwas daran sei.

Daher erläutert der Votant, müsse sich die Gemeinde vorbereiten und die Infrastruktur für E-Ladestationen weiter ausbauen. Als Beispiel wird Norwegen angeführt, wo die Regierung den Bau von Ladestationen stark vorangetrieben habe – mit dem Resultat, dass die Bevölkerung vermehrt Elektrofahrzeuge gekauft habe. Dadurch sei auch das Argument entkräftet worden, man kaufe kein E-Auto, weil es keine Ladestationen gebe.

Der Redner findet deshalb, die Gemeinde solle mit Vorteil in Zusammenarbeit mit Partnern wie «Pri-meo» weiter am Ausbau der E-Ladestationen arbeiten. Ein guter Ansatz sei zudem die Sensibilisierung beim Bau von Mehrfamilienhäusern sowie eine beratende Funktion bei Installationen in bestehenden Liegenschaften. Die Verfügbarkeit von Ladestationen in Mehrfamilienhäusern sei sehr wichtig. Das Laden, z.B. in Tiefgaragen, müsse bequem und zu einem vernünftigen Tarif möglich sein.

Weiter führt der Votant aus, dass – wenn es darum gehe, die E-Mobilität zu fördern – zusätzliche Anreize geschaffen werden könnten, beispielsweise, dass E-Autos auf allen öffentlichen Parkplätzen der Gemeinde gratis parkieren dürften.

Abschliessend teilt er in mit, dass die SP-Fraktion der Meinung sei, der Gemeinderat solle weitere Abklärungen zur kommunalen Förderung von E-Ladestationen und der E-Mobilität treffen. Daher möchte die Fraktion das Postulat überweisen.

Stefan Kaiser, FDP führt aus, dass die FDP den Antrag des Gemeinderats unterstütze. Das Argumentarium sei für die Fraktion klar nachvollziehbar. Auch die spezielle Bedarfs- und Auslastungsanalyse der bestehenden öffentlichen E-Ladestationen habe überzeugt. Er hält fest, dass die Finanzierung privater Infrastruktur aus Sicht der FDP keine Gemeindeaufgabe sei. Aus all diesen Gründen werde die Fraktion für «Nicht-Überweisung» stimmen.

Charlotte Marti, SVP spricht dem Gemeinderat ihren Dank für die ausführlichen Informationen aus. Sie erklärt, die SVP-Fraktion erkenne, dass im Bereich der E-Ladestationen in Binningen bereits genügend Einrichtungen vorhanden seien. Da diese nicht ausgelastet seien, bestehe kein weiterer Bedarf. Wer privat in einer Einstellhalle eine Ladestation installieren wolle, könne dies tun, jedoch sei das nicht Aufgabe der Gemeinde. Daher wähle die SVP-Fraktion mit ihrer Zustimmung die Variante „Nicht-Überweisung“.

Lukas Jegge, Mitte merkt an, dass er einen zusätzlichen Input geben möchte. Die E-Ladestation beim Kronenmattsaal im Parkhaus sei seiner Ansicht nach veraltet. Er bittet die Verwaltung, diese gemeinsam mit „Primeo“ zu überprüfen.

Christian Schmid, SVP zeigt sich erstaunt über die Einschätzung gewisser Personen zu wirtschaftlichen und nicht wirtschaftlichen Aspekten. Er betont, es sei klar dargelegt worden, dass niemand die Anlagen brauche. Wenn fünf Ladestationen nicht genutzt würden, ändere sich dies auch bei 5000 nicht. Der Bedarf sei offensichtlich nicht vorhanden. Er führt aus, dass es ihm unverständlich sei, weshalb dies nicht erkannt werde.

Sirin Hauri, Grüne (Anmerkung: Schlechte Tonqualität – Aussage unverständlich)

Felix Gerber, Mitte/GLP (Anmerkung: Schlechte Tonqualität – Aussage unverständlich)

Olivier Kremo, SVP erklärt, weshalb seiner Meinung nach die Ladestationen nicht genutzt würden: Wer zu Hause laden könne und nur wenige Kilometer fahre, habe stets genügend Akku. Anders sei dies lediglich bei Tagesausflügen ins Berggebiet. Unter den aktuellen Voraussetzungen bestehe kein Bedarf an zusätzlichen Stationen.

Christian Schmid, SVP ergänzt, dass es ihm auch um den Klimaschutz gehe. Ressourcen sollten nicht für Anlagen verschwendet werden, die nicht benötigt würden. Jede E-Ladestation verbrauche Material und Rohstoffe. Er berichtet aus eigener Erfahrung: Während seiner zweijährigen Nutzung eines E-Autos habe er nie Probleme gehabt, eine Ladestation zu finden. Auch der Gemeinderat habe dargelegt, dass zusätzliche Stationen nichts bringen würden. Er verdeutlicht dies mit einem Vergleich: Wenn in 100 Binninger Geschäften nur zwei Coca-Cola gekauft werde, ändere auch eine Verzehnfachung der Verkaufsstellen nichts am Bedarf. Er hält fest, dass zusätzliche E-Ladestationen keinen Nutzen hätten.

Lukas Jegge, Mitte entgegnet mit drei Punkten. Er sei im Kontakt mit Mobility, welche bereit wäre, eine entsprechende Anlage zu installieren. Die Gemeinde müsse keine Betreiberin sein. Insbesondere im Spiegelfeld oder Meiriacker gebe es Bedarf für eine E-Ladestation. Er lädt die FDP-Fraktion ein, der Überweisung zuzustimmen. Zudem verweist er auf das Antreffen mit Christian Schmid bei einer E-Ladestation in Therwil, was ihn gefreut habe. Schade hingegen war, dass es zu wenig Ladestationen in Binningen gäbe, daher ruft er nochmals den GR dazu auf, doch eine weitere solche Station in Binningen hinzustellen. Er wiederholt den Hinweis, dass beim Kronenmattsaal der RFID-Sender der E-Ladestation nicht funktioniere. Eine Behebung würde seiner Meinung nach auch den Umsatz steigern.

Gaida Löhr, SP (Anmerkung: Schlechte Tonqualität – Aussage unverständlich)

Leon Behrends, FDP vertritt eine gegenteilige Ansicht. Er erklärt, dass aus seiner Sicht die Infrastruktur nicht zuerst geschaffen werden müsse, um dann Nachfrage zu erzeugen. Als Beispiel nennt er die USA, wo ein dichtes Netz an Ladestationen bestehe, die grösstenteils privat – insbesondere durch Tesla – finanziert worden seien. (Anmerkung: Schlechte Tonqualität – Aussage teilweise unverständlich)

Christian Schmid, SVP erwidert Lukas Jegge, dass ihr Treffen in Therwil korrekt sei. Er bestätigt, selbst keine eigene E-Ladestation gehabt zu haben, jedoch gebe es zahlreiche öffentliche Stationen. Von jedem Punkt in Binningen sei man in weniger als vier Minuten bei einer Ladestation. Das bestehende Angebot sei ausreichend.

Jonas Lüthi-La Roche, FDP fragt Lukas Jegge, ob die Installation einer Anlage durch Mobility für die Gemeinde kostenneutral wäre.

Lukas Jegge, Mitte teilt mit, dass man noch nicht so weit sei. Er habe Mobility privat angefragt, und es gebe verschiedene Geschäftsmodelle.

Präsident Thomas Haefele, FDP erläutert das Abstimmungsverfahren: Wer dem Antrag des Gemeinderats folgen und das Postulat nicht überweisen möchte, drücke «Ja». Wer überweisen wolle, drücke «Nein».

Die Versammlung überweist das Postulat mit 22 zu 16 Stimmen an den Gemeinderat.

ABSTIMMUNG

Nicht-Überweisung Postulat: 16 JA / 22 NEIN (Abstimmung 05)

BESCHLUSS

://: Das Postulat wird an den Gemeinderat überwiesen.

Traktandum 9

Gesch. Nr. 55

Postulat Mitte/GLP: Bedarf an öffentlichen Toiletten im Dorfzentrum Binningen

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Monique van Loon, GLP freut es, über ein Grundbedürfnis sprechen zu können. Sie stellt fest, dass es im Dorfzentrum an Möglichkeiten fehle, dringende menschliche Bedürfnisse zu decken, besonders für Familien mit kleinen Kindern oder ältere Personen mit Rollator. Geschäfte haben Schliesszeiten, Orte wie das Familienzentrum seien am Samstagmorgen geschlossen, einige Toiletten nur eingeschränkt nutzbar. Das Postulat solle die Attraktivität des Dorfzentrums steigern, damit man sich dort gerne aufhalte und länger bleibe. Auch kostengünstige Varianten wie das Konzept «Nette Toilette» kämen infrage. Die Ausarbeitung eines Konzepts überlasse man dem Gemeinderat. Sie fasst zusammen, dass somit das Binninger Zentrum attraktiver werden soll.

Elif Çakar, Grüne betont, dass eine verlässliche, barrierefreie und hygienische WC-Infrastruktur im öffentlichen Raum essenziell sei. Ihre Fraktion überweise das Postulat.

Roman Oberli, SVP (Anmerkung: Schlechte Tonqualität – Aussage unverständlich)

Stefan Kaiser, FDP erklärt, die FDP wünsche sich ein sauberes Binningen. Die Gesamtevaluation der Toilettensituation werde begrüsst. Besonders seien neuralgische Punkte wie Tramstationen, Spiel- und Sportplätze zu berücksichtigen. Auch Personen, die täglich draussen arbeiten, sollten ohne Konsumzwang eine Toilette nutzen können. Die FDP unterstützt die Überweisung.

Jonathan Noak, SP hält sich kurz und erklärt, dass seine Fraktion das Anliegen sinnvoll finde und ebenfalls für die Überweisung stimme.

Der Präsident schreitet zur Abstimmung.

ABSTIMMUNG

Überweisung Postulat: Einstimmig JA (Abstimmung 06)

BESCHLUSS

://: Das Postulat wird an den Gemeinderat überwiesen.

Traktandum 10

Gesch. Nr. 47

Postulat St. Siegel, SVP: Vandalismus

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Der Präsident bittet den Fraktionssprecher um sein Votum.

Stephan Siegel, SVP, zeigt sich enttäuscht über die Antwort des Gemeinderats. Er führt aus, diese sehe zwar umfangreich aus, erinnere aber inhaltlich an eine von Chat-GPT generierte Auflistung ohne Bezug zu Binningen. Die Gemeinde betrachte in der Begründung lediglich eine Seite der Ursachen von Vandalismus. Er habe jedoch Massnahmen verlangt, die den Vandalismus nicht zulassen. Massnahmen, die Überwachungen, die Verstärkung der Beleuchtung zeigen eben, dass eine Gesellschaft den Vandalismus nicht toleriert. Dass der Gemeinderat Kostenargumente anführe, bezeichnet er als unseriös. Insgesamt bewertet er die Antwort als enttäuschend. (Anmerkung: Schlechte Tonqualität – Aussage teilweise unverständlich)

Gian Kamber, GLP äussert seinen Dank an den GR für die Prüfung sowie den Bericht zur aktuellen Lage der bestehenden Massnahmen. Er führt aus, dass die Fraktion die Einschätzung des GR teilt, wonach einige der zusätzlich aufgeführten Massnahmen im Verhältnis zum aktuellen Problem zu aufwendig und vor allem zu kostenintensiv wären. Der Votant erläutert weiter, dass seiner Fraktion jedoch konkrete Zahlen oder Auswertungen fehlen, welche aufzeigen und belegen könnten, wie gross das Problem tatsächlich sei. Ebenso wären Angaben zu bisherigen Massnahmen wünschenswert, die bereits Wirkung zeigen. Er erklärt, dass es schwierig sei einzuschätzen, ob die heutigen Ansätze wirklich ausreichen. Abschliessend findet der Votant dass gewisse Statistiken vorhanden sein müssten und betont, dass die Fraktion es sehr begrüssen würde, wenn diese in einem künftigen Bericht aufgeführt würden. Gian Kamber erklärt, dass die GLP dem GR zustimmt und die Abschreibung des Postulats befürwortet.

Erik Schellenberg, SP (Anmerkung: Schlechte Tonqualität – Aussage unverständlich)

Peter Bertschi, EVP erläutert, dass die EVP gemeinsam mit den Grünen die vom GR vorgeschlagenen Massnahmen unterstützt. Er führt aus, dass insbesondere die Präventionsmassnahmen – wie Videoüberwachung, eine erhöhte Polizeipräsenz an exponierten Stellen sowie eine verbesserte Strassenbeleuchtung – als sinnvoll erachtet werden. Abschliessend teilt der Votant mit, dass seine Fraktion daher für die Abschreibung des Postulats ist.

Kevin Lancashire, FDP stellt vorweg klar, dass die FDP das Postulat abschreiben möchte. Er führt aus, dass das Graffiti im Zentrum unschön sei und man ein deutliches Signal senden müsse, dass Sachbeschädigung nicht toleriert werde. Anschliessend erklärt der Votant, dass ihn andere Punkte weit mehr beschäftigen. Er betont, wie wichtig es sei, das Littering – in allen Quartieren – anzugehen, da dieses wöchentlich enorme Kosten verursache. Abschliessend äussert Kevin Lancashire grosse Sorge über die jüngsten Raubüberfälle in Oberwil und Binningen.

Gemeinderat Marc Schinzel, FDP dankt dem ER für die Rückmeldungen zu diesem Antrag. Er führt aus, dass das Problem sehr ernst genommen werde. Es handle sich nicht nur um etwas unschönes, sondern auch um ein Thema, das Kosten verursache und den öffentlichen Raum verschandle. Er erklärt weiter, dass der Vorwurf, man höre nicht genügend zu, so nicht zutreffe. Man habe versucht, eine Auslegeordnung zu erstellen, die aufzeige, wie vielschichtig das Problem sei. Zudem sei man aktiv unterwegs und bemühe sich, jene Gruppen anzusprechen, die in diesem Bereich als problematisch gelten. Gemeinderat Er verweist darauf, dass Interesse an konkreten Zahlen zum Ausmass des Problems bestehe. Bei repressiven Massnahmen und Überwachungsmassnahmen stelle sich jedoch immer auch die Frage der Verhältnismässigkeit, was zusätzliche Aspekte mit sich bringe. Solche Massnahmen seien punktuell sicher möglich, aber nicht flächendeckend. Man prüfe derzeit, ob sich bestimmte Hotspots herauskristallisieren; dort könne man allenfalls verstärkt eingreifen. Abschliessend hält er fest, dass er die vorgebrachten Hinweise zur Kenntnis nehme und ebenso der Meinung sei, dass die Sicherheit im öffentlichen Raum im Zentrum der Diskussion stehe.

Ralph Büchelin, SP führt aus, dass Spraysen zwar eindeutig eine Form von Vandalismus sei, jedoch nicht die einzige. Der Votant schildert ein Beispiel: Am Sonntagmorgen finde im Schlosspark Tai-Chi statt – ein äusserst wertvolles Angebot der Gemeinde –, doch bevor die Teilnehmenden starten könnten, müssten sie zuerst Flaschen, Büchsen und leere McDonald's-Schachteln einsammeln, da niemand darauf treten wolle. Dies empfinde er als sehr bedauerlich.

Der Votant möchte anregen, zu prüfen, wie man solche Situationen verhindern könne oder ob es Möglichkeiten gebe, entsprechende Personen einzusetzen, damit der Platz sauber bleibe. Gleichzeitig räumt er ein, dass er selbst unsicher sei, welche Massnahmen konkret geeignet wären; eine polizeiliche Präsenz am Morgen oder Vorabend sei jedenfalls kaum realistisch.

Olivier Kremo, SVP erklärt, dass Personen, die Sprayereien anbringen, in der Regel möchten, dass diese gesehen und ihr vermeintliches Kunstwerk wahrgenommen oder gar bewundert werde. Der Votant führt weiter aus, dass aus seiner Sicht keine komplizierten Präventionsmassnahmen nötig seien. Er ist der Meinung, das Wichtigste sei, dass solche Sprayereien möglichst rasch entfernt werden. Dies könne gewährleistet werden, indem eine unkomplizierte Meldemöglichkeit geschaffen werde und die Bevölkerung wisse, dass sie Vorfälle melden könne. Ebenso sollten Gemeindemitarbeitende vermehrt aufmerksam sein.

Der Votant betont, dass Sprayereien – sobald gemeldet – auch möglichst schnell entfernt werden müssten. Dann verliere es für die Täterinnen und Täter rasch an Reiz, solche Graffitis oder ähnliche Aktionen zu machen.

Gemeinderat Marc Schinzel, FDP geht auf den Beitrag von Ralph Büchelin ein und hält fest, dass dessen Beispiel sehr treffend sei. Er bestätigt, dass dieses Anliegen aufgenommen werden müsse. Er berichtet zudem, dass er im Sommer am «Eidgenössischen Schwingfest» in Mollis gewesen sei, wo sich 30'000 bis 50'000 Menschen aufgehalten hätten. Beeindruckend sei gewesen, dass alle ihre Abfälle selbst mitgenommen hätten.

Anschliessend wendet er sich an Olivier Kremo und erklärt, dass dessen Hinweis ebenfalls sehr wichtig sei: Sprayereien müssten möglichst schnell entfernt werden, insbesondere rassistische Sprayereien, die

umgehend zu beseitigen seien. Er ergänzt, dass sowohl die Gemeindepolizei als auch die Anlagenbetreuung über diesen Punkt informiert seien.

Der Präsident schreitet zur Abstimmung.

ABSTIMMUNG

Abschreibung: 28 JA / 7 NEIN / 3 Enthaltungen (Abstimmung 07)

BESCHLUSS

://: Das Postulat wird als erledigt abgeschrieben.

Traktandum 11

Gesch. Nr. 31

Interfraktionelles Postulat: Vertretungsregelung Einwohnerrat

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Sirin Hauri, Grüne (Anmerkung: Schlechte Tonqualität – Aussage unverständlich)

Gian Kamber, GLP teilt mit, dass man aufgrund der gesetzten Rahmenbedingungen den Antrag abschreiben möchte.

Charlotte Marti, SVP dankt dem GR für die Abklärungen. Sie erklärt, dass die Teilnahme und Abstimmung von Einwohnerratsmitgliedern in Abwesenheit auf kommunaler Ebene nicht möglich sei. Die Votantin hält fest, dass die SVP-Fraktion das Postulat abschreiben möchte.

Stefan Kaiser, FDP erklärt, dass man aufgrund der Rechtsgrundlage dem Gemeinderat bedenkenlos folgen könne. Bedauerlich sei jedoch, so führt er an, dass diese Informationen nicht bereits im Rahmen der Abklärungen zur Überweisung des Postulats dargelegt worden seien.

Andrea De Fregias, SP hält fest, dass die SP-Fraktion den Antrag des GR unterstütze und der Abschreibung des Postulats zustimme.

Nach seiner Frage, ob sich der GR dazu äussern möchte, schreitet Präsident Thomas Haefele, FDP zur Abstimmung.

ABSTIMMUNG

Abschreibung: 36 JA / 1 NEIN (Abstimmung 08)

BESCHLUSS

://: Das Postulat wird abgeschrieben.

Traktandum 12

Gesch. Nr. 63

Motion Mitte/GLP: Biodiversität im öffentlichen Raum stärken

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Präsident Thomas Haefele, FDP bittet den Fraktionssprecher der Mitte/GLP, als Erstes Stellung zu nehmen und dabei auch ein Statement dazu abzugeben, ob die Motion in ein Postulat umgewandelt werden soll.

Oliver Peter, Mitte/GLP führt aus, dass man der Umwandlung der Motion in ein Postulat zustimme. Die Gemeinde habe bereits zahlreiche Massnahmen für die Biodiversität umgesetzt, was erfreue, und man danke allen Beteiligten dafür. Das erhaltene Zertifikat stehe für ein systematisches Vorgehen mit klar definiertem Standard, auf dem weitere Schritte aufbauen könnten.

Die grossen Hitzeperioden des diesjährigen Sommers hätten erneut verdeutlicht, wie wichtig kühlende und schattenspendende Grünräume seien. Naturflächen bedeuteten Lebensqualität sowie Gesundheits-, Umwelt- und Klimaschutz. Aus diesem Grund habe die Fraktion diesen Vorstoss eingereicht.

Der Votant betont, dass der Bericht verschiedene Potenziale aufzeige, die möglichst im kommenden Jahr angegangen werden sollten. Die Fraktion sei bereit, den Antrag zur Verabschiedung des Postulats anzunehmen, in Anerkennung der bisherigen Leistungen der Gemeinde und im Vertrauen darauf, dass verbleibende Punkte zeitnah und wirksam bearbeitet würden.

Ein Bereich betreffe die Fassadenbegrünungen, die im Rahmen von Region Leimental Plus geplant seien. Eine solche Begrünung sei anspruchsvoll, bringe aber vielfältige Vorteile: Beschattung, nächtliche Abkühlung, Förderung der Biodiversität sowie Lärmschutz. Da solche Projekte häufig an Kosten scheiterten, halte man eine Anschubfinanzierung für prüfenswert.

Weiter sieht er schnell umsetzbares Potenzial, etwa beim reduzierten Einsatz von Pestiziden, der Schaffung zusätzlicher Strukturen für Wildtiere und weiteren Biodiversitätsprojekten an Schulen. Biodiversität sei keine einmalige Aufgabe, sondern eine dauerhafte Verantwortung.

Elif Çakar, Grüne erklärt, dass Biodiversität die Lebensqualität stärke und die Gemeinde widerstandsfähiger gegenüber dem Klimawandel mache. Es brauche mehr konkrete Massnahmen. Daher unterstütze ihre Fraktion die Umwandlung der Motion in ein Postulat und beantrage die Überweisung an den Gemeinderat.

Evelyne Treuthardt, FDP betont die gemeinsame Verantwortung für Umwelt, Lebensqualität und Freiheit. Der Gemeinderat Binningen fördere mit seinem langfristigen Konzept die Biodiversität im öffentlichen Raum. Die sorgfältige Analyse und Einbindung bestehender Konzepte zeuge von verantwortungsvoller, lösungsorientierter Politik.

Sie spricht dem Gemeinderat ausdrücklich ihren Dank aus und erklärt die volle Unterstützung der FDP. Die Gemeinde zeige, dass ökologische Verantwortung und wirtschaftliche Vernunft keine Gegensätze

seien. Die Umsetzung erfolge zielgerichtet, pragmatisch und kostenbewusst, ganz im Sinne liberaler Grundsätze.

Besonders wichtig seien die Einbindung privater Eigentümer, die Förderung von Eigeninitiative und die Orientierung an Qualitätsstandards. Die Votantin ruft dazu auf, diesen Weg gemeinsam weiterzugehen und sich für eine nachhaltige, lebenswertige und freiheitliche Zukunft einzusetzen. Die FDP unterstütze die Umwandlung in ein Postulat.

Richard Bräunlich, SP schliesst sich den Vorrednerinnen und Vorrednern an. Er betont, wie wichtig Biodiversität sei, und dankt der Gemeinde für die bisherigen Massnahmen. Dies zeige, dass man auf dem richtigen Weg sei. Er stimmt ebenfalls der Umwandlung der Motion in ein Postulat zu.

Christian Schmid, SVP findet es bemerkenswert, dass jene, die kürzlich noch «mit Feuer und Flamme» gegen den Park opponiert hätten, nun unbedingt die öffentliche Umwelt begrünen wollten. Fakt sei, dass Binningen schon längst gehandelt habe: Man verfüge über einen Massnahmenplan zur Klimaanpassung und über laufende Projekte. Zudem, so erklärt er, besitze man ja auch die «Grünstadt Zertifizierung». Diese Zertifizierung bringe dem Klima jedoch wenig, denn sie pflanze keine zusätzlichen Bäume und habe keine magische Wirkung. Sicher sei nur: Sie koste die Steuerzahlenden 10'000 Franken.

Er betont, man brauche keine neuen Prüfaufträge, keine Symbolpolitik und keine Selbstbeweihräucherung, sondern klare Prioritäten und gesunden Menschenverstand. Die Motion hätte man abgelehnt, doch im Sinne guter Zusammenarbeit könne die SVP einem Postulat zustimmen, sofern dieses später abgeschrieben werde.

Der Präsident schreitet zur Abstimmung

ABSTIMMUNG

Überweisung Postulat: Einstimmig JA (Abstimmung 09)

Abschreibung Postulat: 28 JA / 9 NEIN / eine Enthaltung (Abstimmung 10)

BESCHLUSS

://: 1. Die Motionärinnen und der Motionär wandeln die Motion Nr. 0063 in ein Postulat um.

://: 2. Der Einwohnerrat überweist das Postulat an den Gemeinderat.

://: 3. Der Einwohnerrat beschliesst, das Postulat als erledigt abzuschreiben.

Traktandum 13

Gesch. Nr. 167/XIII

Kommunale Richtplanung (KRP) - Planungskredit

Präsident Thomas Haefele, FDP teilt mit, das Geschäft sei bereits im Juni 2023 diskutiert worden, wurde dann aber im Anschluss an die Diskussion vom Gemeinderat zurückgezogen und ist nun, zwei Jahre später, wieder auf der Traktandenliste des Einwohnerrats.

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Urs Hauri, Grüne (Anmerkung: Schlechte Tonqualität – Aussage unverständlich)

Oliver Peter, Mitte/GLP dankt dem GR für die Präzisierung des Planungskredit-Antrags sowie für die Vorbereitung eines startbereiten Richtplans. Wer aufmerksam durch Binningen gehe, erkenne viele funktionale Gebäude und Infrastrukturen, doch fehle ein stimmiges Gesamtkonzept. Die kommunale Richtplanung sei ein geeignetes Instrument, um diese Herausforderung langfristig anzugehen und die Gemeinde sozial, wirtschaftlich und ökologisch weiterzuentwickeln. Der Votant weist darauf hin, dass die Aufgabe anspruchsvoll sei und unter Einbezug vieler Interessengruppen erfolgen müsse, damit der Richtplan am Ende griffig und konsensfähig sei.

Er räumt ein, dass das Vorhaben nicht günstig werde, vertraue jedoch darauf, dass Gemeinderat und Verwaltung den Aufwand korrekt im Rahmen der üblichen Richtlinien abgeklärt hätten. Überschlagsmässig entspreche der Betrag etwa zwei Vollzeitstellen über zwei Jahre, was für eine solche Aufgabe realistisch sei. Die Mitte/GLP-Fraktion unterstütze daher den Planungskredit.

Daniel Setz, FDP erklärt, dass die FDP-Fraktion einen kommunalen Richtplan für richtig und wichtig halte, da er die Zukunftsperspektiven der Gemeinde kläre und Interessen zusammenführe. Man könne den Kredit grundsätzlich unterstützen.

Er stellt jedoch den Antrag, dass die BPK den Kredit vor der Bewilligung prüfen solle. Zwar gebe es im Bericht von 2023 gewisse Präzisierungen, aber noch offene Fragen:

1. Was umfasst der Leistungskatalog genau?
2. Wie erfolgte die Ausschreibung?
3. Welche Anforderungen wurden gestellt?
4. Was ist die Erwartungshaltung des ER?
5. Wo würde der ER Schwerpunkte setzen?
6. Welche Zielvorstellungen bestehen?
7. Was ist das konkrete Produkt?

Der Votant erinnert daran, dass in den letzten Jahren viele Planungskredite einfach «durchgewunken» worden seien und später Grundsatzfragen aufgetaucht seien, die man früher hätte stellen müssen. Bei einem Betrag von 600'000 bis 700'000 Franken sei es sinnvoll, dass die BPK die offenen Punkte in einigen Sitzungen mit dem GR kläre und anschliessend dem Einwohnerrat ein fundiertes Verständnis für den Kredit verschaffe.

Roman Oberli, SVP (Anmerkung: Schlechte Tonqualität – Aussage unverständlich)

Lewin Lempert, SP führt aus, dass die SP-Fraktion den Planungskredit unterstütze. Er erinnert daran, dass das Geschäft bereits einmal im Einwohnerrat behandelt worden sei und somit schon eine zusätzliche Runde hinter sich habe. Der Votant betont, der heutige Abend sei eine gute Gelegenheit, einen Schritt weiterzukommen.

Er erklärt, eine kommunale Richtplanung sei sinnvoll, da sie ermögliche, die Gemeinde einmal mit einer

«Gesamtbrille» zu betrachten. Persönlich zeigt er sich überzeugt davon, dass das Konzept in eine Begleitgruppe gehen werde, in welcher auch die Zivilgesellschaft eingebunden werden könne.

Philippe Meerwein, SP (Anmerkung: Schlechte Tonqualität – Aussage unverständlich)

ABSTIMMUNG

Überweisung in BPK: 16 JA / 20 NEIN / eine Enthaltung (Abstimmung 11)

Bewilligung Planungskredit: 20 JA / 17 NEIN / eine Enthaltung (Abstimmung 12)

BESCHLUSS

://: Der Einwohnerrat bewilligt für die anstehende kommunale Richtplanung einen Kredit von 690 000 Franken (+/-10%, inkl. MWST).

Traktandum 14

Gesch. Nr. 86

Energiefonds – Neualimentierung 2026-2035

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Felix Gerber, Mitte/GLP bedankt sich beim Gemeinderat für den Bericht und die Vorschläge für die Neualimentierung des Energiefonds. Seine Fraktion hat sich dazu einige Fragen gestellt. Die Erste war: Braucht es überhaupt eine Neualimentierung des Energiefonds? Grundsätzlich ist der Energiefonds ein zentrales Element in Binningen für die Umsetzung der Energiestrategie. Auch weil der Gemeinde in anderen Bereichen die Hände gebunden sind, z.B. was Lenkungsabgaben oder Verbote anbelangt. Man konnte in den letzten 10 Jahren sehen, dass es ein bewährtes und effektives Instrument ist. Es erlaubt es, zielgerichtet Mittel an die Bürger zurückfliessen zu lassen, was am Schluss dem lokalen Gewerbe etwas bringt und für alle einen Benefit generiert. Laut dem Energiegesetz des Kantons Baselland sollten wir bis 2030 70 Prozent der Energie aus erneuerbaren Quellen produzieren. In Binningen steht man bei der Wärmeenergie z.B. momentan bei 20 Prozent. Das ist unter der Hälfte des Schweizer Durchschnitts und auch deutlich unter dem Durchschnitt im Kanton. Für Solaranlagen sieht es ähnlich aus. Dort wird nur ungefähr 10 Prozent des Potenzials nutzen. Das heisst, die nächsten Jahre werden wichtig sein. Es muss vieles vorwärtsgehen und in diesem Sinn hat die Mitte/GLP klar entschieden, dass es eine Neualimentierung braucht. Die zweite Frage: Wie soll die Neualimentierung finanziert werden? Der Fraktion wäre es am liebsten gewesen, man hätte es über budgetneutrale Lenkungsabgaben machen können, die beiden Seiten etwas gebracht hätten. Leider ist das aus rechtlicher Sicht nicht möglich. Daher scheint es ihnen eine pragmatische Lösung, den Verkaufserlös des Kabelnetzes dafür zu verwenden.

Die dritte und vielleicht wichtigste Frage: Wieviel Geld braucht es und wofür braucht man es? Momentan befindet man sich in der Situation, dass geprüft wird, ob die Energiestrategie ein ambitionierteres Ziel erhalten soll. Nämlich Netto-Null 2045. Gleichzeitig ist man ebenfalls in der Situation, dass die Überarbeitung des Energiefondsreglements noch ausstehend ist. Wie bereits erwähnt, muss in der nächsten Zeit sicher noch einiges geschehen. Der Gemeinderat hat auch bereits einige gute Vorschläge für die Überarbeitung des Reglements genannt, z.B. die Förderung von Fassaden-PV-Anlagen oder von E-Ladeinfrastrukturen in Mehrfamilienhäusern. Der Mitte/GLP wäre wichtig, dass man sich in Bereichen, wo

man weiss, dass es sich lohnt, es aber an der Umsetzung noch harzt, vielleicht die Frage stellt, ob in der Kommunikation oder im Bereich Innovationsprojekte, wo bisher noch gar nichts gegangen ist, nicht auch mehr gemacht werden könnte. Daher erscheint es ihnen in dieser Situation nicht logisch, den Handlungsspielraum auf zwei Millionen Franken zu begrenzen. Man weiss noch nicht, welche Fördermassnahmen ein gutes Kosten-Nutzen-Verhältnis bieten. Bevor das Reglement ausgearbeitet ist, macht es keinen Sinn, dies so zu deckeln.

Die Fraktion hat daher den Antrag eingereicht, dass die gesamten 3,9 Mio. Franken aus dem Kabelnetz-erlös in den Energiefonds fliessen. Das Geld ist dort nicht verloren. Die Mitte/GLP möchte keine Überförderung von Sachen, die nichts nutzen. Aber es ist ihnen wichtig, dass alle Massnahmen geprüft werden können. Wenn es dann wirklich so viel Geld gibt, das für sinnvolle Massnahmen verteilt werden kann, ist es gut investiertes Geld und wenn es am Schluss nicht gebraucht wird, kann es nach Ablauf dieser 10 Jahre in die Gemeindekasse zurückfliessen. Es ist dem Votanten bewusst, dass es auch andere Meinungen zu diesem Thema gibt. Aus diesem Grund hat die Fraktion einen zweiten Antrag eingereicht, der fordert, dass 2,6 Mio. Franken in den Fonds eingelegt werden. Das ist der Betrag, der vor 10 Jahren dort eingelegt wurde. Aus Sicht der Mitte/GLP ist das zu wenig. Es wäre einfach ein «weiter wie bisher». Sie sind dafür, dass der Betrag auf 3,9 Mio. Franken erhöht wird, möchten dem Einwohnerrat aber eine nuancierte Meinungsbildung ermöglichen und haben daher den zweiten Antrag auch noch eingereicht. Bei den anderen Anträgen wird die Fraktion dem Gemeinderat folgen.

Özlem Ipek-Avvisati, SP äussert, das Netto-Null-Ziel 2045 gelinge nur mit Kontinuität. Die Verlängerung des Energiefonds um 10 Jahre sichert wichtige Massnahmen für die Wärmewende und den Klimaschutz. Die Fraktion erachtet die Verwendung von zwei Millionen Franken aus dem Kabelnetzverkauf als faire Lösung. Sie stärkt klimafreundliche Investitionen, senkt langfristig Energiekosten und zeigt, dass Binningen Verantwortung für eine klimaneutrale Zukunft übernimmt. Die SP stimmt dem Vorschlag des Gemeinderats zu.

Peter Bertschi, Grüne/EVP erläutert, der Energiefonds sei nach Meinung der Grünen/EVP ein wichtiges Mittel zur Schaffung von Anreizen, damit auch in Zukunft Wohnhäuser energetisch saniert, Heizungen ersetzt und Solaranlagen neu eingebaut werden. Die Fraktion findet die Finanzierung über einen Fonds aus dem Kabelnetz-erlös sinnvoll und stimmt daher allen Anträgen des Gemeinderats zu inkl. dem Zusatzantrag der Mitte/GLP bezüglich Erhöhung der Mittel. Diesen Antrag findet seine Fraktion gut und wird ihn ebenfalls unterstützen.

Jonas Lüthi-La Roche, FDP führt aus, das Geld gehe aus, aber Binningen habe keinen Rohstoff wie Gas oder Ölfelder und Gold. Daher möchte der Votant gerne einige Worte zu den Anträgen des Gemeinderats sagen. Der Einwohnerrat hat noch nicht einmal das Budget 2026 genehmigt, da schlägt der Gemeinderat dem Rat aus Sicht seiner Fraktion voreilig vor, die zwei Millionen Franken aus dem Erlös des Kabelnetzes praktisch mit einem Blankoscheck via Giesskanne über die nächsten 10 Jahre zu verteilen. Das hat für die FDP wenig mit zukunftsgerichteter Finanzpolitik in der Gemeinde zu tun. Es geht nicht darum, zwei Millionen Franken so schnell wie möglich zu verteilen, sondern bedarfsgerecht dort einzusetzen, wo es nötig ist. Insbesondere kennt man die Folgen des Wegfalls des Eigenmietwerts zum heutigen Zeitpunkt noch nicht und kann den Bedarf und den Umfang des Energiefonds nach 2028 kaum seriös beurteilen. Die Anwesenden wissen, dass es keine Glaskugel gibt. Seine Fraktion erachtet es daher als bedeutend nachhaltiger und sinnvoller, die zwei Millionen Franken ordentlich in das Gemeindebudget einfliessen zu lassen und die Höhe des Energiefonds nach den finanziellen Möglichkeiten Jahr für Jahr zu äufnen. Somit nimmt die FDP den Antrag 1 zur Kenntnis und dankt für den Bericht. Die Anträge 2 und 3 lehnt die Fraktion ab und stellt den Antrag, den Energiefonds künftig über das ordentliche Gemeindebudget zu finanzieren und nicht über den Erlös des Kabelnetzes. Antrag 4 nehmen sie an.

Roman Oberli, SVP bedankt sich namens der SVP für den vorliegenden Bericht. Man sieht, dass die Gemeinde schon heute viele Sachen subventioniert. Seine Fraktion ist nicht der Meinung, dass man übersubventionieren müsse. Insbesondere im Hinblick auf die geplanten Investitionen, die Binningen bereits gesprochen hat oder die voraussichtlich noch gesprochen werden, wie u.a. das Hallenbad. Es gibt Sportplatz-Diskussionen und der Richtplan wurde soeben beschlossen. Es gibt viel, was wirklich auf Gemeindeebene bewirkt werden muss, anstatt einzelnen Solarzellenbesitzern einen Zustupf zu geben. Die SVP findet es wie die FDP insbesondere stossend, dass die Finanzierung aus dem Verkaufserlös des Kabelnetzes getätigt werden soll. Es sind zwei zweckunabhängige Geschäfte. Der Verkaufserlös sollte ihrer Ansicht nach ordentlich in die Bilanz einfließen und der Betrag für den Energiefonds sollte, wenn gewünscht, auch ordentlich aus der Bilanz entnommen werden. Die Fraktion wird daher Antrag 1 zur Kenntnis nehmen und die restlichen Anträge ablehnen.

Gemeindepräsidentin Caroline Rietschi, SP bedankt sich für die Rückmeldungen. Es freut sie natürlich, wenn man dem Energiefonds mehr Geld geben möchte, als der Gemeinderat beantragt hat. Wenn der Einwohnerrat heute Abend zu diesem Schluss kommt, wehrt sich der Gemeinderat sicher nicht dagegen. Auf die zwei Millionen Franken kam man gestützt auf die möglichen Fördergegenstände, die im beiliegenden Bericht aufgeführt sind. An den Fraktionssprecher der FDP gerichtet äussert die Votantin, es gehe nicht um Giesskanne resp. kopfloses Ausgeben, sondern es geht darum, dass man ganz gezielt die Sachen fördert, wie sie im beiliegenden Bericht geschildert sind. Der Bericht orientiert sich am kantonalen Programm und verstärkt dieses entsprechend. Es ist also kein Blanko-Verteilen nach dem Giesskannenprinzip, sondern es werden ganz gezielt entsprechende Massnahmen ergriffen. Warum verwendet man das Geld aus dem Kabelnetzerlös? Vor 10 Jahren, als man die WBA verkauft hat, hat man ein Geschenk erhalten, welches es der Gemeinde ermöglicht hat, diesen Fonds zu gründen und über die letzten 10 Jahre eine Vielzahl an ökologischen Massnahmen, erneuerbare Wärmeversorgung und Stromproduktion darüber zu finanzieren. Jetzt ist man in der glücklichen Lage, dass man mit dem Kabelnetzverkauf wieder ein solches Geschenk erhält, von dem man einen Teil für die Förderung verwenden kann, indem man es in den Energiefonds einfließen lässt, um weitere Energiesparmassnahmen zu unterstützen. Das mögliche, ambitioniertere Ziel Netto-Null 2045 ist darin nicht enthalten. Das ist korrekt. Dort ist man an der Erarbeitung des Berichts. Wenn man dies möchte, kostet es auch etwas. Daher ist der Gemeinderat nicht böse, wenn man heute einen gewissen Puffer einbauen möchte.

Aber wie gesagt: Die zwei Millionen Franken orientierten sich an den Massnahmen, die im beiliegenden Bericht aufgeführt sind. Der Gemeinderat hat das Gefühl, dass man damit noch einmal 10 Jahre arbeiten kann. Dann ist es aus seiner Sicht aber auch gut. Wenn der Einwohnerrat heute über diesen Betrag hinausgehen will, wehrt man sich aber selbstverständlich nicht. Den Antrag der FDP, dies jedes Jahr über das Budget zu machen, findet die Rednerin – sie entschuldigt sich, dies so direkt zu sagen – ziemlich unsinnig. Es gibt Null Planungssicherheit für Personen, die irgendwelche energetischen Massnahmen planen möchten. Wenn man sich in einem Jahr befindet, in dem der Einwohnerrat beim Budget grosszügig war und einen grösseren Betrag einstellt hat, dann hat man, wenn man den Antrag früh genug gestellt hat, Glück und es reicht. Wenn man ein wenig zu spät ist, hat man Pech gehabt und es ist bereits vorbei. Oder man plant seine Massnahmen in einem Jahr, in dem der Einwohnerrat findet, er müsse die Schraube anziehen und etwas weniger Geld sprechen. Dann hat man halt einfach Pech gehabt. Die Gemeindepräsidentin findet es gegenüber der Bevölkerung, die entsprechende Massnahmen umsetzen möchte, relativ unfair, wenn man es so macht. Es gibt für die Gemeinde keine Planungssicherheit und es gibt für die Einwohnerinnen und Einwohner, die entsprechende Massnahmen umsetzen möchten, auch keine Planungssicherheit. Daher scheint ihr dies sicherlich keine sinnvolle Lösung.

Roman Oberli, SVP muss sein Votum von eben korrigieren. Er war ganz in die Zahlen vertieft. Zu Antrag 4: Wenn man eine solche Neualimentierung möchte, dann macht es Sinn, das Reglement anzupassen. Daher kann die SVP in diesem Fall dem Reglement zustimmen, wird aber die Anträge 2 und 3 ablehnen.

Christoph Daniel Maier, FDP darf kurz die Gemeindepräsidentin replizieren. Es geht natürlich nicht darum, dass man die Planungssicherheit verändern möchte, sondern es geht um den Planungshorizont. Es handelt sich wie erwähnt um eine völlig neue Ausgangslage, von der man noch nicht weiss, wie sie sich auswirken wird. Die Abschaffung des Eigenmietwerts wird jede Investition in eine Gebäudesanierung in ein ganz anderes finanzielles Licht stellen, selbst wenn energetische Massnahmen davon ausgenommen wären. Darüber weiss man erst 2028 Bescheid. Es macht keinen Sinn, einen Fonds über die nächsten 10 Jahre zu alimentieren. Es gibt auch gar keine Notwendigkeit, dass man ihn schon jetzt in dieser Zeitlänge alimentiert. Man könnte es einfach stehen lassen und später alimentieren, wenn man eine etwas bessere Sicht hat.

Allerdings macht es Sinn, dass man mit dem jährlichen Budget beschliesst, wieviel die jeweilige Entnahme aus diesem Verkaufserlös, den man stehen lassen kann, sein wird. Das ist auch der Antrag, den seine Fraktion formuliert hat: «Die Höhe der jährlichen Einlage wird mit dem Budget bestimmt.». Damit haben auch der zukünftige Einwohnerrat, der nächste Einwohnerrat und der übernächste Einwohnerrat noch die Möglichkeit, sinnvolle Steuerungen vorzunehmen und der Rat masst sich nicht an, heute bereits etwas in eine bestimmte Richtung vorzuspüren. In Bezug auf die Förderung muss der Votant ganz klar sagen, dass die 15 Prozent, die es noch zusätzlich zum Energiepaket gibt und die weiterhin bezahlt werden, die Waagschale nicht in die eine oder andere Richtung werfen, ob jemand nun investiert oder nicht. Und wenn man ganz ehrlich ist, müsste man sich auch anschauen, was mit den bisherigen Geldern alles passiert ist. Ein grösserer Teil davon ist schlussendlich auf öffentlichen Gebäuden in Solaranlagen investiert worden und nicht für Private. Es war einfach eine Entnahme aus dem Energiefonds. Das ist eine Tatsache, mit der man sich konfrontiert sehen muss.

Christian Schmid, SVP ist der Meinung, was man hier erlebe, sei eine neue Form der politischen Kreativität. Man verkauft das Kabelnetz, also echtes Gemeindevermögen, und anstatt der Bevölkerung das Geld zurückzugeben, z.B. in Form einer Steuerrückvergütung, steckt man es in einen Klimafonds, der sowieso schon von Bund und Kanton mehrfach subventioniert wird. Dies alles in einer Gemeinde, die extrem vermögend ist. Offenbar weiss man gar nicht mehr, wohin mit dem Geld. Also schafft man einfach neue Fördertöpfe. Man stelle sich einmal vor: Zwangsnetflix, welches jeder zahlen muss, wird verkauft. Und anstatt das Geld zurückzugeben, sagen die Betreiber: «Wir investieren dies lieber in ein Klimaprojekt.». Das ist nicht nachhaltig, das ist eine Absurdität mit Ansage und für den Redner rechtlich zumindest ein Graubereich. Die Gemeinde hat bereits ein Grünstadt-Label. Es bringt dem Klima zwar nichts, aber es hat über 20 000 Franken gekostet. Nun folgt bereits die nächste Runde. Den Votanten interessiert im Zusammenhang mit den zwei Millionen Franken, was doch 200 Franken pro Haushalt wären, um wieviel Grad die globale Erwärmung dadurch verlangsamt wird. Daher ist für ihn klar: Nein zu dieser willkürlichen Geldumverteilung, Nein zur Symbolpolitik und Ja zur Vernunft.

Felix Gerber, Mitte/GLP gibt in Bezug auf den von Christoph Maier angesprochenen Punkt mit der Planungssicherheit zu bedenken, dass das Reglement noch ausgearbeitet werden muss. So wie er seinen Vorredner verstanden hat, möchte dieser das Reglement nicht jedes Jahr anpassen. Sondern die Förderung bleibt fix. Das ist schlussendlich genau das Anliegen der Mitte/GLP. Ob man jetzt die 3,9 Mio. Franken dort liegen lässt und sagt: «Das Reglement ist fix. Wir prüfen es hinsichtlich Kosten-Nutzen und entsprechend kann das Geld von dort zurückfliessen.». Man kann das Geld ja nicht zurückhalten, denn man möchte Kontinuität. Das läuft auf das Gleiche hinaus. Der Vorschlag seiner Fraktion ist es, zu sagen, dass das Geld nicht verloren ist, wenn man es in diesen Fonds legt. Es wird einfach, bevor man nicht prüft, was sinnvolle Investitionen sind, nicht bereits für andere Zwecke verwendet. Seines Erachtens läuft es am Schluss auf das Gleiche hinaus, wenn man ein gutes Reglement hat, das Hand und Fuss hat. Christoph Maier möchte dafür einstehen, dass das Reglement dann finanziert ist und genau das möchte die Mitte/GLP auch.

Aline Glaser, Grüne/EVP freut sich, dass ihre Ratskolleginnen und Ratskollegen derart diskussionsfreudig sind. Es ist aber bereits 22.30 Uhr. Sie wäre froh, wenn man zum Ende kommen würde.

ABSTIMMUNG

Einwohnerratspräsident Thomas Haefele, FDP begrüsst das Votum. Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, kommt er zu den Abstimmungen. Antrag 1 ist eine Kenntnisnahme, über welche nicht abgestimmt werden muss. Die FDP hat sodann einen Antrag gestellt, der die Anträge 2 und 3 des Gemeinderats beeinflusst. Der Präsident möchte zuerst den Antrag der FDP: «Der Einwohnerrat bewilligt für die Neufinanzierung des Energiefonds einen Beitrag, dessen Höhe jährlich mit dem Budget festgelegt wird.» gegen die Anträge 2 und 3 des Gemeinderats ausmehren.

Ausmehren zu den Anträgen 2 und 3:

Antrag FDP: 17 JA

Anträge 2 und 3 des Gemeinderats: 21 JA

Keine Enthaltungen (Abstimmung 13)

://: Der Antrag der FDP wird abgelehnt.

Zu Antrag zwei des Gemeinderats liegen zwei Änderungsanträge der Mitte/GLP vor. Antrag 1 lautet: «Der Einwohnerrat bewilligt für eine Neufinanzierung des Energiefonds per 1. Januar 2026 3,9 Mio. Franken.». Der zweite Antrag lautet: «Der Einwohnerrat bewilligt für eine Neufinanzierung des Energiefonds per 1. Januar 2026 2,6 Mio. Franken.». Der Präsident möchte zuerst diese beiden Anträge gegeneinander ausmehren und anschliessend den obsiegenden Antrag dem Antrag des Gemeinderats gegenüberstellen. Zum Schluss wird darüber abgestimmt, ob überhaupt eine Neufinanzierung bewilligt werden soll.

Ausmehren zu Antrag 2:

Antrag 2 der Mitte/GLP: 2,6 Mio. Franken: 18 JA

Antrag 1 der Mitte/GLP: 3,9 Mio. Franken: 16 JA

4 Enthaltungen (Abstimmung 15)

Ausmehren zu Antrag 2:

Antrag 2 des Gemeinderats: 2 Mio. Franken: 18 JA

Antrag 2 der Mitte/GLP: 2,6 Mio. Franken: 20 JA

Keine Enthaltungen (Abstimmung 16)

://: Der Antrag 2 der Mitte/GLP: «Der Einwohnerrat bewilligt für eine Neufinanzierung des Energiefonds per 1. Januar 2026 2,6 Mio. Franken.» obsiegt.

Antrag 1 des Gemeinderats: Kenntnisnahme.

Neufinanzierung in Höhe von 2,6 Mio. Franken: 20 JA / 18 NEIN / keine Enthaltungen (Abstimmung 17)

Antrag 3 des Gemeinderats: 19 JA / 17 NEIN / eine Enthaltung (Abstimmung 18)

Antrag 4 des Gemeinderats: Einstimmig JA (Abstimmung 19)

Christian Schmid, SVP teilt mit, die SVP möchte gemäss § 11 der Gemeindeordnung das Behördenreferendum ergreifen.

Einwohnerratspräsident Thomas Haefele, FDP informiert, für das Zustandekommen eines Behördenreferendums braucht es die Zustimmung eines Drittels der anwesenden Einwohnerratsmitglieder.

ABSTIMMUNG

Behördenreferendum: 18 JA / 20 NEIN / keine Enthaltungen (Abstimmung 20)

Christoph Daniel Maier, FDP möchte zur Präzisierung festhalten, dass sich das Behördenreferendum auf den Kredit bezieht.

Der Präsident fragt nach: Es betrifft demnach nicht das Reglement, sondern bezieht sich auf den Kredit in Höhe von 2,6 Mio. Franken und auf die Entnahme der Mittel aus dem Verkaufserlös des Kabelnetzes?

Christoph Daniel Maier, FDP: Genau. Dies wollte er für das Protokoll klar und deutlich festhalten.

BESCHLUSS

- ://: 1. Der Einwohnerrat nimmt vom Bericht des Gemeinderats über die Neuausrichtung und Neufinanzierung des Energiefonds Kenntnis.
 - ://: 2. Der Einwohnerrat bewilligt für eine Neufinanzierung des Energiefonds per 1. Januar 2026 2,6 Millionen Franken.
 - ://: 3. Der Einwohnerrat beschliesst die Entnahme der Mittel für die Neufinanzierung des Energiefonds aus dem Verkaufserlös des Kabelnetzes.
 - ://: 4. Der Einwohnerrat beauftragt den Gemeinderat mit der Überarbeitung des Energiefonds-Reglements für eine erste Lesung im Einwohnerrat.
 - ://: 5. Der Einwohnerrat unterstellt die Beschlüsse Nr. 2 und Nr. 3 der Urnenabstimmung (Behördenreferendum).
-

Traktandum 15

Gesch. Nr. 46

1. Lesung Baumschutzreglement

BESCHLUSS

://: Verschieden.

Traktandum 16

Gesch. Nr. 77

Interpellation H. Steffen, SVP: Mehraufwendungen im Bereich stationärer kommunaler und überkommener Pflegefinanzierung

BESCHLUSS

://: Verschieden.

Interpellation C.D. Maier, FDP: Grünstadt**BESCHLUSS**

://: Verschoben.

Diversa

Einwohnerratspräsident Thomas Haefele, FDP führt aus, der Rat habe heute viele Geschäfte behandelt. Trotzdem gibt es noch diverse hängige Geschäfte und es sind bereits eine Vielzahl an Geschäften angekündigt für die Dezembersitzung. Insofern kommt der Rat nicht darum herum, am 5. Januar 2026 eine zusätzliche Einwohnerratssitzung einzuschieben. Die Einladung wurde bereits kommuniziert. An der Zusatzsitzung im Januar 2026 werden nur verschobene und damit in den Fraktionen bereits vorbesprochene Geschäfte behandelt. Das heisst, es werden keine Fraktionssitzungen in der ersten Januarwoche notwendig sein. Die Ratssekretärin Linda Gerstner wird bald in den Mutterschaftsurlaub gehen. An der nächsten Sitzung wird bereits ihre Mutterschaftsvertretung Sandra Matter das Protokoll führen. Der Präsident möchte Linda Gerstner ganz herzlich für ihren Einsatz danken und wünscht ihr und ihrer Familie von Herzen alles Gute. Im Namen des Einwohnerrats hofft er, dass sie im Juni 2026 zum Ende dieses Amtsjahrs wieder anwesend sein wird. Sandra Matter wünscht er ebenfalls viel Erfolg.

Der Präsident übergibt einen Blumenstrauss. [Applaus]

Roman Oberli, SVP möchte an dieser Stelle die Zeit nutzen, um der Vizepräsidentin Rahel Amacker und vor allem auch dem Präsidenten ein riesiges Kompliment zu machen. Es ist aktuelle eine turbulente Zeit, die Thomas Haefele als Einwohnerratspräsident durchmachen muss. Dafür einen grossen Applaus von Seiten des Votanten. *[Applaus]*

Präsident Thomas Haefele, FDP möchte sich bei den Anwesenden bedanken. Die Sitzung dauerte eine Stunde und 15 Minuten länger als üblich. Es war seines Erachtens aus zwei Gründen ein sehr interessantes Experiment. Zum einen haben sicherlich alle bemerkt, wie die Intensität schrittweise abgenommen hat und mit ihr auch der Redebedarf. Der Redner fand es auch sehr spannend, dass die Traktandenliste für einmal umgedreht wurde. Wenn man die Interpellationen vor den anderen Geschäften behandelt, führt dies seiner Meinung nach aber zu einem etwas chaotischen Ablauf und es scheint ihm generell nicht so gut für den Fluss der Sitzung. Das ist seine persönliche Meinung. Das Experiment wurde noch spannender dadurch, dass es unter erschwerten Bedingungen abgelaufen ist. Er hofft, dass der Rat nächstes Mal wieder eine funktionierende Tonanlage zur Verfügung haben wird. Der Präsident schliesst die Sitzung um 22.46 Uhr und lädt alle Anwesenden zum Apéro ein.